Europas Demokratie unter Druck:

Der Aufschwung des Rechtsextremismus in den Europawahlen 2024

Karikatur von Christian Eckert, 2012, Generationen - Hakenkreuz

Mémoire 2024-2025

Moana Faber(3CD) - Djamila Vico(3CG) - Cédric Lamy(3CG)

Directrice de Mémoire: Béatrice Eifes

Inhaltsverzeichnis

Europas Demokratie unter Druck: ... 1
Der Aufschwung des Rechtsextremismus in den Europawahlen 2024 ... 1
1. Einleitung ... 4
2. Das Europaparlament ... 6
2.1 Die Entstehung und Gründung des Europaparlaments ... 6
2.2.2.1 Rechte Fraktionen ... 10
2.2.3 Wahlverfahren ... 12
2.3 Die internationale Rolle der EU ... 14
2.3.1 Die Wirtschaftliche Macht der EU ... 14
2.3.2 Die Politische Einflussnahme der EU ... 14
2.3.4 Umwelt und Klimaschutz mithilfe der EU ... 15
2.3.5 Die Sicherheit und Verteidigung der EU: ... 16
2.3.6 Die Entwicklungspolitik der EU ... 16
3.1 Werte von Rechten Parteien ... 18
3.2 Rechte Parteien ... 20
3.3 Wie manipulieren uns diese Parteien? ... 23
3.3.1 Populismus ... 23
3.3.2 Wahlkampagnen – Soziale Medien ... 25
4. Die Europawahlen 2024 ... 28
4.1 Das Ergebnis der Europawahl und der Rechtsruck in Deutschland ... 29
4.1.1 Die Wahlbeteiligung in Deutschland ... 30
4.1.2 Deutschlands Wahlverhalten in verschiedenen Bevölkerungsgruppen bei den Europawahlen 2024 ... 31
4.1.3 Analyse der Wahlverhalten/Entscheidungen in Bevölkerungsgruppen ... 32
4.2 Das Ergebnis der Europawahl und der Rechtsruck in Frankreich ... 33
4.2.1 Die Wahlbeteiligung in Frankreich ... 34
4.2.2 Frankreichs Wahlverhalten in verschiedenen Bevölkerungsgruppen bei den Europawahlen 2024 ... 35
4.2.3 Analyse der Wahlverhalten/Entscheidungen in Bevölkerungsgruppen ... 36

4.3 Das Ergebnis der Europawahl und der Rechtsruck in Österreich 37
4.3.1 Die Wahlbeteiligung in Österreich 38
4.3.2 Österreichs Wahlverhalten in verschiedenen Bevölkerungsgruppen bei den Europawahlen 2024 39
4.3.3 Analyse der Wahlverhalten/Entscheidungen in Bevölkerungsgruppen ... 40
4.4 Das Ergebnis der Europawahl und der Rechtsruck in Luxemburg 42
4.4.1 Die Wahlbeteiligung in Luxemburg 43
4.4.2 Luxemburgs Wahlverhalten in verschiedenen Bevölkerungsgruppen bei den Europawahlen 2024 44
4.4.3 Analyse der Wahlverhalten/Entscheidungen in Bevölkerungsgruppen ... 44
5. Schlussfolgerung 46
6. Quellen 48

1. Einleitung

Rechtsruck in Europa: Die Rechtsaußen-Parteien gewinnen an Einfluss!

*E*uropa rückt nach rechts: In Deutschland konnte die AfD deutliche Gewinne einfahren, in Frankreich, Italien und Österreich wurden ultrarechte Parteien stärkste Kraft!

Beim Anblick solcher Schlagzeilen könnte man glatt denken, dass Europa, in Bezug auf den Rechtsextremismus, dem Untergang geweiht sei. Und leider liegt diese Theorie auch nicht allzu weit weg von der Realität, wenn man sich die Wahlresultate der vergangenen Europawahlen so anschaut. Fast überall in Europa haben Parteien, welche eigentlich gegen internationale Kooperation sind, an Beliebtheit dazu gewonnen und sind mächtiger denn je. Doch wie genau konnte dies passieren?

Diese Frage haben sich die Menschen und insbesondere wir gestellt als die, zumindest für uns, Schocknachrichten der Europawahl Ergebnisse 2024 eingetroffen sind. Da wir bereits ein gemeinsames Interesse und Wissen in den Bereichen der Politik, Geografie und Geschichte besitzen und außerdem unsere „Projet Personell“ gemeinsam harmonieren. Haben wir beschlossen unseren ersten Mémoire gemeinsam dem Rechtsruck und insbesondere den Resultaten der Europawahlen zu widmen.

Die Frage, welcher wir in diesem “Mémoire” auf den Grund gehen möchten, ist demnach wie folgt: Wie kam es zu den Resultaten der EU-Wahlen 2024 und wer trägt letztendlich die Schuld an dem möglichen Untergang der Europäischen Union, sowie der damit verbundenen Einheit in Europa.

Wer nun jedoch befürchtet, dass es sich bei diesem “Mémoire” lediglich um eine oberflächliche Analyse der Wahlen handelt, der soll insoweit beruhigt werden, dass wir die Frage der Schuld so umfangreich wie möglich zu erläutern versuchen. Welche Länder wählen rechts, welche Menschen sind, besonders anfänglich für Populismus und welche Faktoren wie Alter, Geschlecht oder Reichtum spielen eine Rolle bei der Stimmvergabe.

Unsere Arbeit werden wir, um es simpel zu halten, in drei wesentliche Teile unterteilen. Erstens werden wir auf die EU und das EU-Parlament, so wie die Wahlen im Allgemeinen eingehen. Zweitens erläutern wir, was man unter einer Rechten Partei versteht und welche in Europa existieren, ebenso wie diese Parteien Wähler dazu gewinnen. Und drittens werden wir präzise die Wahlresultate unter die Lupe nehmen und uns in ausgewählten Ländern das Wahlverhalten verschiedener sozialen Gruppen anschauen.

Wir hoffen, dass wir auf alle unsere Fragen auch Antworten finden werden und die Leser unseres Mémoires etwas dazu lernen können. Wir wünschen viel Spaß bei der Lektüre!

2. Das Europaparlament

Das Europaparlament ist eines der Hauptbestandteile von Europa. Es vertritt die Bürger aus den 27 Mitgliedländer. Der Hauptsitz ist in Straßburg, wo sich monatlich für die Plenartagung und Haushaltstagung getroffen wird. Brüssel und Luxemburg sind auch Standorte des Europaparlaments. Die jetzige Präsidentin des Europaparlaments ist Roberta Metsola.

2.1 Die Entstehung und Gründung des Europaparlaments

Das Europäische Parlament wurde am 19 März 1958 gegründet.

Aber bereits im Jahr 1951 haben sich die Länder Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, die Niederlande und Luxemburg zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) zusammengetan. Das Hauptziel war es eine Organisation zu schaffen, die künftige Kriege zwischen den europäischen Staaten verhindern sollte. Damals gab es eine sogenannte „Gemeinsame Versammlung, bei der sich 78 Abgeordnete regelmäßig aus allen Mitgliedsstaaten getroffen haben. Diese Versammlung hatte weniger Rechte als heutzutage, jedoch von Anfang an war die Zusammensetzung nicht an der nationalen Zugehörigkeit, sondern an politischen Positionen orientiert. Die Beteiligung der Völker war jedoch noch zweitrangig, da die Abgeordneten von den jeweiligen nationalen Parlamenten der Mitgliedsländer erwählt wurden. Die Römischen Verträge wurden am 25. März 1957 in Rom unterzeichnet und in Folge darauf wurde die Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) gegründet. in den Verträgen ist aufgelistet, wie sie sich in der Zukunft organisieren wollen. Die Unterzeichnung der Verträge gilt als Gründungsdatum der Europäischen Union. Somit gewann das Europäische Parlament an Bedeutung und die Anzahl der Mitglieder verdoppelte sich. 1962 wurde offiziell der Name „Europäisches Parlament“ anerkannt. Zwischen dem 7. und 10. Juni 1979 haben die Bürger der neun Mitgliedstaaten das erste Mal die Möglichkeit Abgeordnete für das Europäische Parlament zu wählen. Simone Veil, eine Holocaust Überlebende wurde zur ersten Präsidentin des Europäischen Parlaments gewählt.

Mit dem Vertrag von Maastricht im Jahr 1992 wurde der Grundstein für die Europäische Union in ihrer heutigen Form gelegt. Es wurde folgendes beschlossen:

- die Einführung der Unionsbürgerschaft
- eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
- eine Zusammenarbeit in der Justiz- und Innenpolitik
- die Grundlagen für den Euro wurden festgelegt

Ein weiterer wichtiger Moment in der Geschichte des Europaparlaments ist der Vertrag von Lissabon, der am 1 Dezember 2009 in Kraft trat. Dieser führte einen festen Präsidenten des Europäischen Rates und einen neuen Außenbeauftragten ein, um die EU nach außen stärker zu vertreten. Das Europäisches Parlament ist seitdem allen Gesetzen gleichberechtigt mit dem Ministerrat. Die Charta der Grundrechte (1) wurde verstärkt und

im Ministerrat galt ein neues Abstimmungsverfahren mit doppelter Mehrheit. Erstmals wurde auch ein geregeltes Austrittsrecht für Mitgliedstaaten eingeführt.

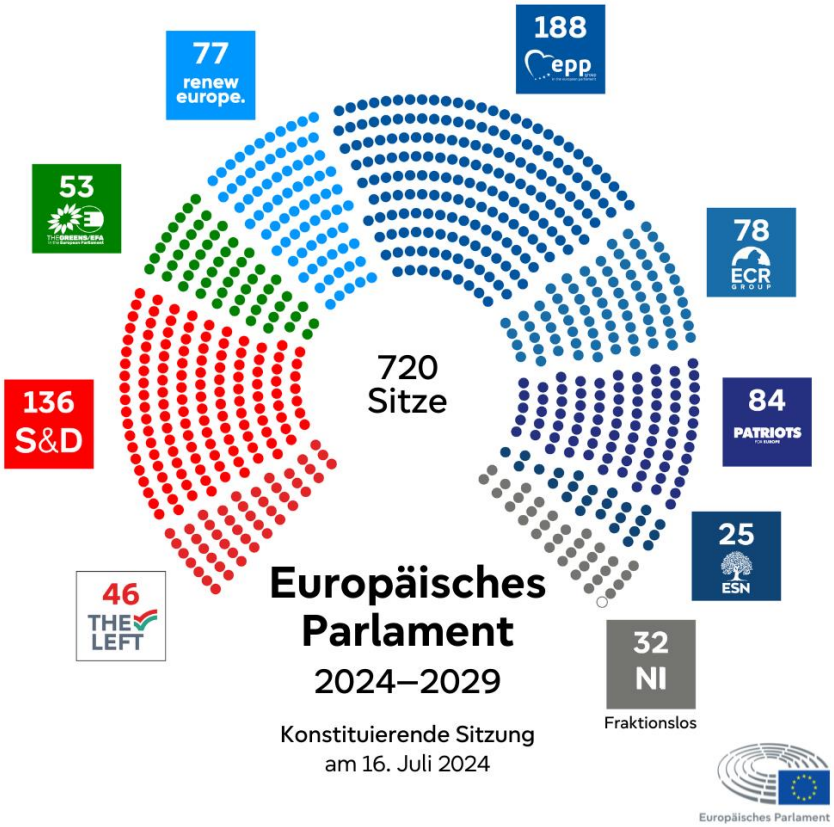
Foto: Wikimedia Commons / Engelbert Reineke / Copyright

(1) In der Charta der Grundrechte der Europäischen Union sind alle persönlichen, bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte der Menschen in der Europäischen Union verankert

2.2.2 Fraktionen

Aktuell befinden sich acht verschiedene Fraktionen im Europaparlament, sowie 29 fraktionslose Abgeordnete. Diese findet man seit 2024 im EU-Parlament und werden noch bis im Jahr 2029 weiterhin vorhanden sein.

- Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
- Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
- Fraktion Patrioten für Europa (PFE)
- Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer (EKR/ECR)
- Fraktion Renew Europe
- Fraktion der Grünen / Freie Europäische Allianz
- Fraktion Die Linke im Europäischen Parlament (GUE/NGL)
- Fraktion Europa der Souveränen Nationen (ESN)



Quelle: Europarl.europa.eu

Die Sitzverteilung im Plenarsaal wird von links nach rechts je nach politischer Angehörigkeit festgelegt. Insgesamt befinden sich 720 Abgeordnete im Europaparlament.

Es sind mindestens 23 Abgeordnete erforderlich, um eine Fraktion zu bilden. Diese können jederzeit währen der Legislaturperiode gebildet werden und müssen einen entsprechenden Vorsitz, einen Vorstand und ein Sekretariat ernennen.

Sie spielen eine wichtige Rolle bei der Bestimmung der Tagesordnung des Parlaments, erhalten mehr Redezeit bei Debatten und sind im Besitz von mehreren Büroräumen, Personal und finanziellen Mitteln, um z.B. Sitzungen zu organisieren. Zudem legen sie die Organisation von Ausschüssen und Delegationen fest. Die Fraktionen kontrollieren die Berichte der Ausschüsse und machen mögliche Änderungsvorschläge.

Ausschüsse: Das Europäische Parlament organisiert seine Arbeit in 22 verschiedenen Ausschüssen. Diese bereiten die parlamentarische Arbeit im Plenum vor und spielen eine Rolle im Gesetzgebungsprozess der Europäischen Union. Die Ausschüsse bestehen aus mindestens 25 bis 90 Abgeordneten und wird von einem Vorsitzenden, mehreren Stellvertretern sowie einem Sekretariat geleitet. Die politische Zusammensetzung der Ausschüsse spiegelt die Zusammensetzung des Plenums wider.

Die Aufgaben der Ausschüsse sind Legislativvorschläge und Initiativberichte zu erstellen, zu überarbeiten und anzunehmen. Außerdem können die Ausschüsse auch bei Bedarf Sonderausschüsse zu spezifischen Themen einrichten. Zudem können sie Untersuchungsausschüsse starten, um Missstände bei der Anwendung des EU-Rechts zu untersuchen, überwiegend bei Skandalen oder Rechtsverstößen.

Die Sitzungen der Ausschüsse finden in der Regel ein- bis zweimal monatlich in Brüssel statt.

Delegationen: Die Delegationen des Europäischen Parlament bestehen aus offiziellen Gruppen von Abgeordneten, die den Austausch mit Parlamenten von Nicht-EU Staaten, Regionen und Organisationen pflegen und verstärken. Die Delegationen dieses deshalb als ein wichtiges Verbindungsglied des Europäischen Parlaments und anderen Gesetzgebungsorganen innerhalb und außerhalb der Europäischen Union. Sie vertreten somit die Positionen des Europäischen Parlaments auf internationaler Ebene. Durch regelmäßige Gespräche im Rahmen der sogenannten „parlamentarischen Diplomatie“ fördern die Delegationen nicht nur die Sichtbarkeit der Europäischen Union, sondern ermutigen auch ihre Partner, die Werte und Interessen der Europäischen Union zu respektieren.

Doch es gibt verschiedene Arten von Delegationen, unteranderem solche, die in formellen interparlamentarischen Ausschüssen aktiv sind, andere nehmen an multilateralen parlamentarischen Versammlungen teil und es gibt Delegationen, die Beziehungen zu einzelnen Ländern oder Ländergruppen aufrechterhalten.

2.2.2.1 Rechte Fraktionen

Stand jetzt gibt es drei rechte Fraktionen, die im Europäischen Parlament vertreten sind. Die „Europäischen Konservativen und Reformer" (EKR/ECR), die „Patrioten für Europa" (PFE) und die Fraktion „Europa Souveräner Nationen" (ESN). Die Fraktion „Identität & Demokratie" (ID) gibt es derzeit nicht mehr, da sie nicht über genügend Abgeordnete verfügt.

Warum es mehrere rechtsextreme Fraktionen im EU-Parlament gibt, lässt sich durch ihre verschiedenen inhaltlichen Unterschiede erklären. Beispielsweise ihre Radikalität. Die ID-Fraktion stand eher für einen Austritt aus der EU, während die EKR-Fraktion sich für einen Umbau der EU einsetzt. Zudem werden viel häufiger rassistische oder homophobische Äußerungen in der PFE-Fraktion geäußert als zum Beispiel in der Fraktion EKR. Des Weiteren unterscheiden sich die Positionen zu dem Russland-Ukraine Krieg. Während die EKR-Fraktion zu den schärfsten Kritikern einer Annäherung an Russland zählt, haben die ENS eine enge Beziehung zu Moskau, ebenso wie die Fraktion PFE. Unterschiedliche Ansichten gibt es auch bezüglich der Migrationspolitik.

Die Fraktion der Konservativen und Reformer (EKR): Sie wurde 2009 gegründet und ist eine konservative und EU-kritische, zum Teil auch rechtspopulistische Fraktion im Europäischen Parlament. Sie ist momentan die viertgrößte Fraktion mit insgesamt 78 Abgeordneten aus 18 verschiedenen EU-Staaten. Die größten Parteien der Fraktion sind die polnische Recht und Gerechtigkeit (PiS) und die italienische Fratelli d'Italia. Aus Frankreich vertreten vier Abgeordnete die Fraktion. Hingegen sind aus Österreich, Deutschland und Luxemburg keine Abgeordneten vertreten. Die Fraktionsvorsitzende sind Joachim Stanislaw Brudziński und Nicola Procaccini. Die Fraktion möchte die EU reformieren und wieder funktionsfähig machen. Sie stehen für traditionellen Werte und eine restriktive Migrationspolitik. Außerdem sollen die einzelnen Mitgliedstaaten mehr Selbstbestimmung behalten.

„Die EU sollte ihr Augenmerk auf die Zusammenarbeit zwischen ihren Mitgliedstaaten legen und sich um praktische Lösungen auf Probleme und Herausforderungen der 2050er Jahre bemühen, anstatt sich an den überholten Vorstellungen der 1950er Jahre abzuarbeiten."

- *EKR*

Die Fraktion Patrioten für Europa (PFE): Sie wurde erst nach den letzten Eurowahlen im Jahr 2024 neu gegründet. Ihr gehören 84 Abgeordneten an und ist somit die drittgrößte Fraktion Stand jetzt im Europaparlament. Fast vollständig hat sich die alte Fraktion „Identität & Demokratie" (ID) der neuen PFE anageschlossen. Zum Beispiel ist die

französische Rassemblement National (RN) mit ihren 30 Abgeordneten zur PFE gewechselt. Ebenso die italienische Lega Nord mit ihren 8 Abgeordneten, die niederländische PVV mit 6 Abgeordneten, sowie die österreichische FPÖ mit 6 Abgeordneten. Abgeordnete aus Deutschland und Luxemburg sind zurzeit nicht vertreten. Jordan Bardella ist der Fraktionsvorsitzender. In ihrem „patriotisches Manifest für die Zukunft Europas“ haben sie ihre Ziele erklärt: Die Verteidigung der Souveränität der Länder, den Kampf gegen illegale Migration und die Revision des „Green Deal“.

Die Fraktion Europa Souveräner Nationen (ESN): Diese Fraktion hat sich auch erst im Juli 2024 neu gegründet und ist zurzeit mit 25 Abgeordneten im Europäischen Parlament vertreten. Sie ist die kleinste der acht Fraktionen. Mit vierzehn Abgeordneten bildet die Alternative für Deutschland (AfD) den größten Teil der Fraktion. Nachdem die AfD bereits vor der Europawahl aus der ID-Fraktion ausgeschlossen worden war, bekamen sie allerdings kein Platz in der Fraktion PFE und musste schließlich eine eigene Fraktion gründen. Die Fraktion ESN ist stark EU kritisch und möchte ein weniger zentralisiertes Europa, indem Mitgliedländer mehr Kontrolle behalten. Die Fraktion vertritt populistische und nationalistische Positionen, die sich gegen die von der EU geförderte Globalisierung und gegen die Einwanderungspolitik richten. Fraktionsvorsitzende sind René Aust und Stanisław Tyszka.

2.2.3 Wahlverfahren

Alle fünf Jahre können Bürger aus den EU-Länder Vertreter für das Europäische Parlament wählen. Jedes Mitgliedland hat eine feste Anzahl von Sitzen. Jedoch gibt es kein einheitliches Wahlsystem. In jedem Mitgliedstaat wird der Verlauf der Europawahl national festgelegt. Die grundlegenden Prinzipien der Wahl stehen aber fest. Sie muss allgemein, frei, direkt und geheim sein.

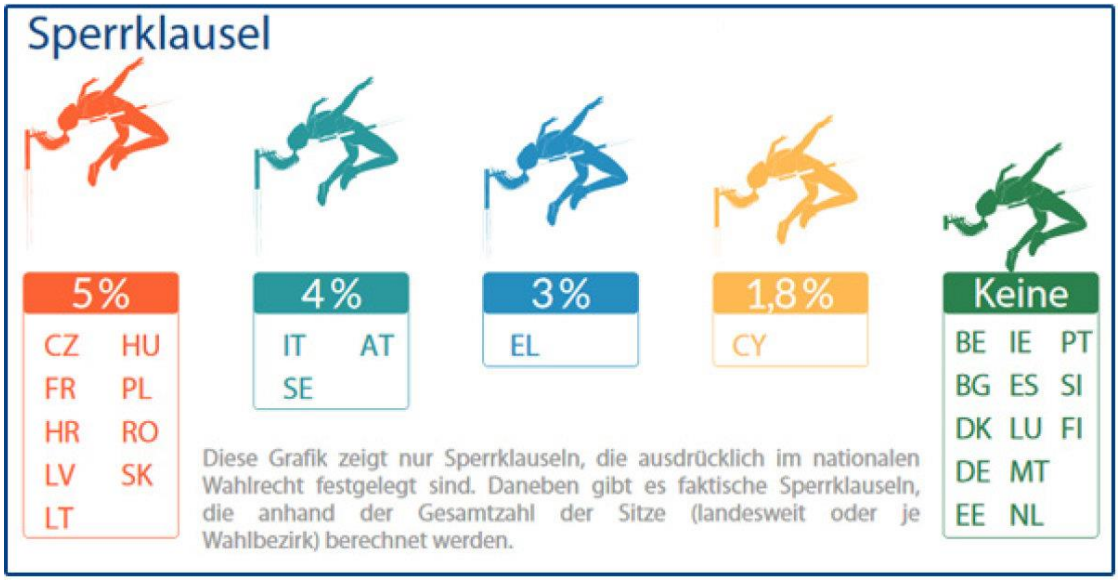
Zum Beispiel kann man in einigen Ländern (z.B. Deutschland) nur eine Stimme für eine Liste vergeben, im Gegensatz können in anderen Ländern (z.B. Luxemburg) mehrere Stimmen verteilt werden oder die Reihenfolge auf einer Liste geändert werden (z.B. Österreich). In Frankreich, Irland, Italien, Belgien und Polen gibt es mehrere Wahlkreise, in anderen Ländern jeweils nur einen landesweiten Wahlkreis. In allen EU-Staaten müssen die Wahlen nach der Verhältniswahl (1) ablaufen und die Sperrklausel (2) beträgt maximal fünf Prozent.

(1) : Das Verhältniswahlsystem bedeutet, dass die Mandate nach dem Verhältnis der auf die Parteien entfallenen Stimmen verteilt werden. Je mehr Stimmen eine Partei erhält, desto mehr Sitze im Parlament werden an sie vergeben.

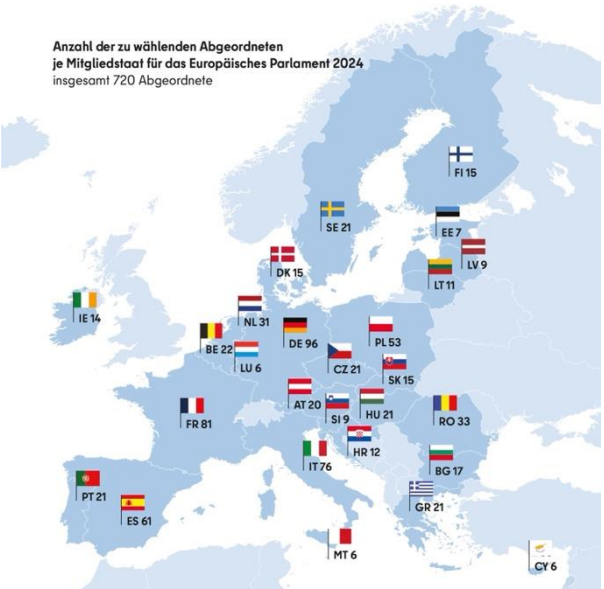
(2) : Eine Sperrklausel in einem Wahlsystem macht die Mandatsvergabe an eine Partei vom Erreichen einer bestimmten Zahl von Stimmen abhängig. Sie verhindert, dass sehr kleine Parteien in einem Parlament vertreten sind und es so zu einer allzu starken Zersplitterung kommt. Für Wahlen zum Bundestag sowie zu Landtagswahlen und verschiedenen Kommunalwahlen gilt die Fünf-Prozent-Hürde.

Für die Europawahlen sind sie in Artikel 3 des Direktwahlakts derzeit wie folgt vorgesehen:

„Für die Sitzvergabe können die Mitgliedstaaten eine Mindestschwelle festlegen. Diese Schwelle darf jedoch landesweit nicht mehr als 5 % der abgegebenen Stimmen betragen."



Sperrklausel bei Europawahlen | Grafik: EPRS



Die Mitgliedsstaaten der EU erhalten je nach Bevölkerungsanzahl eine unterschiedliche Anzahl an Abgeordneten. Deutschland, mit der höchsten Bevölkerungsdichte, bekommt mit 96 Abgeordneten somit auch den größten Anteil der Abgeordneten. Frankreich liegt mit 81 Abgeordneten knapp hinter Deutschland. Österreich hat 20 Abgeordnete im europäischen Parlament und Luxemburg entsendet mit 6 Abgeordneten die geringste Anzahl. Kleinere Länder sind deswegen auch besser repräsentiert, da sie über mehr Abgeordnete pro Einwohner verfügen. Dies nennt sich degressive Proportionalität und sie stellt sicher, dass kleiner Mitgliedsländer angemessen vertreten werden.

2.3 Die internationale Rolle der EU

Die Europäische Union ist vielfältig und auch außerhalb ihrer Grenzen sehr engagiert und hat eine gewisse Macht, wie zum Beispiel in der Wirtschaft, in der Politik, in der Friedensförderung, im Umwelt- und Klimaschutz, in der Sicherheit und der Verteidigung und in der Entwicklungspolitik.

2.3.1 Die Wirtschaftliche Macht der EU

Die EU verfügt über einen Binnenmarkt mit über 450 Millionen Verbrauchern. Dies macht sie zum größten Binnenmarkt der Welt. Außerdem ist die EU ein Bedeutender Akteur im internationalen Handel. Der Anteil der EU am Welthandel mit Waren und Dienstleistungen betrug laut dem Europäischem Rat im Jahr 2023 16,1% mit einem Handelswert von über 7,6 Billionen Euro. Zudem hat die EU eine starke Währung nämlich den Euro. Er ist nach dem US-Dollar die zweitwichtigste Reservewährung der Welt. Die EU hat wegen ihren strengen Standards einen großen Einfluss auf die globale Regierung da sie oft globale Maßstäbe setzt. Dies ist ein Phänomen, das als „Brüsseler Effekt“ bezeichnet wird. Die EU ist auch ein Geberland in der Entwicklungszusammenarbeit, das heißt, dass sie Frieden und Sicherheit fördert, Ungleichheit, Hunger und Armut bekämpft und das Klima schützt, indem sie anderen Ländern Geld gibt und andere Länder finanziell unterstützt.

2.3.2 Die Politische Einflussnahme der EU

Durch die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) nimmt die EU aktiv Einfluss auf die internationale Politik. Die GASP wurde seit ihrer Gründung im Jahre 1993 kontinuierlich gestärkt, wobei das Europäische Parlament regelmäßig zur Entwicklung beiträgt, insbesondere durch die Überprüfung der Aktivitäten der in diesem Bereich tätigen institutionellen Akteure und Organe.

Ein weiteres Instrument der EU-Außenpolitik sind ihre wirtschaftlichen Sanktionen. Seit des Beginns des Ukraine-Krieges im Jahr 2022 hat die EU vierzehn Sanktionspakete an Russland verhängt, um Russlands Wirtschaft zu schwächen und um dem Kreml die Mittel zur Finanzierung des Krieges zu entziehen.

Die EU pflegt diplomatische Beziehungen zu etwa 160 Staaten und verfügt in vielen Ländern über eigene Vertretungen, die allen Unionsbürgerinnen und -bürgern konsularische Dienste anbieten. Sie versteht sich als Partnerin, die gute politische und Handelsbeziehungen pflegt und sich für Frieden und Stabilität in der Welt einsetzt.

2.3.3 Die Friedensförderung der EU

Die EU engagiert sich aktiv und der Friedensförderung und der Konfliktprävention, mithilfe von Partnerschaften und verschiedenen Instrumenten.

Die Europäische Friedensfazilität (EFF) ist ein Instrument, um Konflikte zu verhüten, Frieden zu schaffen und die internationale Sicherheit zu stärken. Sie ermöglicht der EU militärische Ausbildung und Ausrüstung in Drittstaaten sowie Militäreinsätze zu finanzieren.

Die Partnerschaft mit den Vereinten Nationen ist auch ein großes Mittel zur Friedensförderung. Fast ein Drittel der Beiträge zum Haushalt der VN sowie zu ihren Fonds und Einrichtungen wird von der EU und ihren Mitgliedstaaten geleistet. Die Bewältigung der tieferen Ursachen gewaltsamer Konflikte wird durch dieses Engagement geleistet.

Die EU hat eine Afrikanische Friedensfazilität, die die AU (Afrikanische Union) unterstützt und ihre Friedensmissionen und Aktivitäten zur Friedensförderung finanziert. Diese Unterstützung umfasst sowohl finanzielle als auch technische Unterstützung zur Stärkung der Kapazität der AU im Sicherheitssektor. Solche strategischen Partnerschaften, unterhält die EU auch in anderen Regionen. Diese Kooperationen sind essenziell für die Friedensförderung und Konfliktprävention in verschieden Regionen der Welt.

In Konfliktgebieten fördert die EU den Wiederaufbau zerstörter Infrastrukturen wie Straßen, Versorgungsanlagen, Schulen und Behörden. Diese Maßnahmen werden getroffen, um den betroffenen Ländern einen Neuanfang zu ermöglichen und Frieden zu sichern.

2.3.4 Umwelt und Klimaschutz mithilfe der EU

Die Europäische Union engagiert sich intensiv im internationalen Umwelt- und Klimaschutz mithilfe von einer Vielzahl von initiativen und Programmen.

Die erste Initiative ist der Europäische Green Deal. Er wurde ins Leben gerufen, um das Ziel, bis 2050 klimaneutral zu werden zu erreichen. Dieses Maßnahmenpaket zielt darauf ab, die Wirtschaft der EU nachhaltiger zu gestalten und den Übergang zu einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft zu fördern.

Die zweite Initiative, die die EU ergriffen hat, ist die internationale Klimapolitik. Diese wurde ins Leben gerufen, um den Dialog und die Zusammenarbeit im Klimaschutz voranzutreiben. Dafür arbeitet die EU eng mit anderen Ländern und Regionen zusammen, indem sie Entwicklungsländer unterstützen Klimaschutzmaßnahmen voranzutreiben und sie zu finanzieren.

Die dritte Initiative, die die EU ergriffen hat, ist das EU-Klimagesetz. Damit hat die EU ihr Langfristziel für 2025 angehoben und sie strebt nun netto-Null Treibhausgas-Emissionen (Klimaneutralität) sowie anschließend negative Emissionen an. Um dieses Ziel zu erreichen,

wurde das Zwischenziel für 2030 von 40% auf 55% Emissionsminderung gegenüber 1990 angepasst.

Die vierte Initiative ist das LIFE-Programm. Es bildet die Grundlage für die Maßnahmen zur Förderung des Umwelt -und Klimaschutzes durch die EU und den Jahren 2021 bis 2027. Es unterstützt Projekte, die zur Entwicklung und Umsetzung der Umwelt- und Klimapolitik beitragen.

Es gibt noch mehr Maßnahmen, die getroffen wurden, jedoch waren diese die wichtigsten, die das Engagement der EU im der internationalen Umwelt- und Klimaschutz unterstreichen.

2.3.5 Die Sicherheit und Verteidigung der EU:

Durch verschiede Strategien und Instrumente engagiert die Europäische Union (EU) sich aktiv in der internationalen Sicherheits- und Verteidigungspolitik:

Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) ermöglicht es der EU mithilfe zivilen und militärischen Mittelns auf internationale Krisen zu reagieren. Seit der Einführung des GSVP wurden schon über 30 Missionen und Operationen durchgeführt.

Die EU kümmert sich auch um Krisenprävention und -management. Dabei setzt sie auf eine Kombination aus zivilen, polizeilichen und militärischen Instrumenten, um Krisen vorzubeugen, zu bewältigen und nachzubereiten. Beispiele dafür wären die EU-Beobachtermissionen in Georgien (EUMM) und die Rechtsstaatmission im Kosovo (EULEX).

Die EU stärkt außerdem auch ihre Abwehrmaßnahmen gegen die zunehmenden Cyberangriffe, durch eine koordinierte europäische Antwort und die Verstärkung der EU-Cyberagentur.

Seit 2012 setzt sich die EU auch für interparlamentarisch Zusammenarbeit ein, da die Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ins Leben gerufen wurde, die den Austausch zwischen nationalen Parlamenten und dem Europäischem Parlament fördert.

2.3.6 Die Entwicklungspolitik der EU

Das Hauptziel der EU in der internationalen Entwicklungspolitik ist es Armut zu bekämpfen und nachhaltige Entwicklung weltweit zu fördern. Dieses Engagement manifestiert sich in verschiedenen Strategien und Programmen.

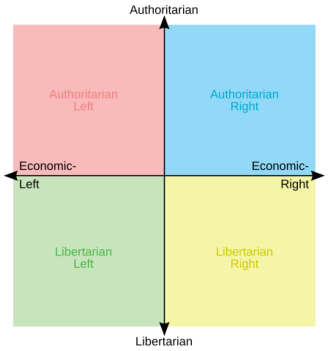
Die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten sind weltweit der größte Geber von öffentlicher Entwicklungshilfe. Sie stellen über 50% bereit, da sie es als ihre Pflicht sieht, ärmere Länder zu unterstützen, um globale Ungleichheit zu mindern und nachhaltige Entwicklung zu fördern.

Die EU hat im Bereich der Entwicklungshilfe viele Maßnahmen ergriffen. Erstens unterstützt die EU andere Staaten mithilfe von der Bereitstellung von Zuschüssen und Darlehen für Projekte in Bereichen wie Bildung, Gesundheit, und Infrastruktur. Eine weitere Maßnahme, die die EU ergriffen hat, ist die technische Zusammenarbeit. Sie tauscht Wissen und Expertise aus, um die Kapazitäten von Partnerländern zu stärken. Eine dritte Maßnahme, die die EU ergriffen hat, ist die humanitäre Hilfe. Die EU reagiert schnell auf Krisen, durch die Bereitstellung von Notfallhilfe, wie zum Beispiel die Zuweisung von 148 Millionen Euro für die Ukraine und Moldawien. Die letzte Maßnahme ist die Förderung von Menschenrechten und guter Regierungsführung. Dies wird gefördert, indem die EU-Projekte unterstützt, die Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte stärken.

3. Rechte Parteien und ihre Ideologien

3.1 Werte von Rechten Parteien

Bevor man anfängt von den Werten und Politischen Inhalten rechter Parteien zu sprechen, ist es wichtig vorher abzuklären, was man unter einer « Rechten » Partei versteht. Aus diesem Grund gehen wir einmal knapp 250 Jahre in die Vergangenheit, zur Zeit der Französischen Revolution. Nach dem Sturm auf die Bastille im Jahre 1789 und dem Sturz Louis XIV, wurde in Frankreich nämlich die National-Ratsversammlung gegründet, welche das Ziel hatte, eine neue Verfassung zu erarbeiten. Dieses Gremium bestand aus mehreren hunderten Abgeordneten, welche wie im Senat des alten Roms in einem Halbkreis um den Präsidenten der Versammlung herumsaßen. Links saßen üblicherweise die Abgeordneten, welche für einen Wechsel waren und das aktuelle Gesellschaftliche System ablehnten und rechts vom Präsidenten befanden sich diejenigen, welche dafür waren den aktuellen Stand beizubehalten oder gar wieder zur Monarchie zurückzukehren. Und mit genau diesem Beispiel kann man im Groben die politische Landschaft wie sie auch noch heutzutage existiert erklären: Rechte Parteien sind in der Regel konservativer und legen Wert auf Traditionen und Normen, wohingegen linke Parteien eher für den progressiven Wandel stehen. Oftmals wird dieses eindimensionale System aus links und rechts jedoch kritisiert, da man damit nicht alle Aspekte wiedergeben kann. Aus diesem Grund wurde 1968 im Kontext eines Politik- Selbsttestes ein Modell von Maurice C. Bryson und William R. McDill veröffentlicht, welches erstmals eine vierdimensionale Einordnung zuließ. Unterschieden wurde dabei zwischen der ökonomischen Haltung (ob man kapitalistischer oder sozialistischer ist) und der Meinung zu Gesellschaftlichen Themen, wie der Gleichgeschlechtigen Ehe, Religion, Klimawandel, Wehrdienst etc.



Doch kommen wir nun wieder zurück zu den Werten rechter Parteien, wo eine übergreifende Definition schwierig zu erstellen ist, was unter anderem daran liegt, dass man, genau wie auch im Linken-Spektrum, unter Extremen und Moderaten, also weniger radikalen Parteien unterscheiden muss. Eine Definition, gegeben vom Politik-Lexikon fasst jedoch das gesamte Rechte Spektrum gut zusammen: Der Begriff “rechts” im politischen Kontext bezeichnet Positionen, die traditionelle Werte, soziale Hierarchien und individuelle Freiheiten betonen. Anhänger rechter Ideologien betrachten soziale Ungleichheiten oft als unvermeidbar oder natürlich und unterstützen eine hierarchische Gesellschaftsordnung.

Als rechtsextrem gilt die Partei in der Regel erst dann, wenn sie eine klare Gefahr für die Demokratie darstellt und sich gegen die Verfassung stellt. Dies passiert in etwa, wenn Parteien klare Rassistische Aussagen tätigen oder einen Gewaltsamen Umsturz in dem jeweiligen Land planen. Eine Partei offiziell als rechtsextrem zu betiteln oder sogar zu verbieten ist jedoch sehr schwierig und dauert oftmals mehrere Jahre, was daran liegt, dass ansonsten der Staat leicht Politische Gegner ohne realen Grund vernichten könnte. Beispiele für rechtsextreme Parteien

Deutschland sind z.B. Der dritte Weg, die Partei die Heimat oder verschiedene Landräte der AfD.

3.2 Rechte Parteien

3.2.1: Die Alternative für Deutschland, oder auch kurz die AfD, wurde im Jahr 2013 als euroskeptische und wirtschaftsliberale Partei gegründet. Sie war ein Auffangbecken für all diejenigen, welche mit der damaligen Lage in Deutschland unzufrieden waren und sich eine konservativere Kursrichtung wünschten. Aus diesen Gründen konnte die AfD auch gleich zu Beginn viele Mitglieder aus anderen bereits etablierten Parteien abwerben. Trotz allem verpassten sie dann im gleichen Jahr den direkten Einzug in den Deutschen Bundestag sowie den Hessischen Landtag. Umso größer war ihr Triumph bei der Europawahl im Mai 2014, als sie 7,1 Prozent der Stimmen erreichte und sieben Abgeordnete in das Europaparlament schicken konnte.

In der heutigen Zeit hat sich die AfD drastisch radikalisiert und viele der damaligen Gründungsmitglieder sprechen sich mittlerweile gegen die AfD aus. So sagte z. B. Norbert Stenzel: Es ist missraten! Das Baby AfD, das wir damals gegründet haben, ist leider missraten.'' Des Weiteren fallen AfD Politiker oftmals mit Aussagen wie „Das Pack erschießen oder zurück nach Afrika prügeln," oder auch „Wer Homosexualität auslebt, dem droht dafür eine Gefängnisstrafe … das sollten wir in Deutschland auch machen!" auf und verstärken damit ihr Image als ausländerfeindliche, sexistische und homophobe Partei. Des Weiteren werfen viele Leute der AfD eine gewisse Nähe zur Neonazi-Szene vor, was unter anderem auch durch Zitate von dem Prominenten AfD Politiker Björn Höcke gestützt wird: „Das Problem ist, dass Hitler als absolut böse dargestellt wird". Trotz allem konnte die AfD sich bei den Bundestagswahlen als zweistärkste Partei behaupten und gewann rund 21% der Stimmen.

Bemerkenswert ist außerdem, dass die AfD vor allem in Ostdeutschland besonders hohe Beliebtheitswerte erhält. Als Ursache hierfür wird oft angeführt, dass man dies noch auf die DDR-Vergangenheit zurückführen kann und, dass der Osten im Vergleich zum Westen noch sehr viel ärmer ist.

3.2.2: Die Partei Rassemblement National, früher bekannt als „Front National", ist eine der bekanntesten und einflussreichsten politischen Kräfte in Frankreich. Die Partei hat in den letzten Jahrzehnten erheblichen Einfluss auf die nationale Politik gewonnen und nicht zuletzt durch ihre prägnante Positionierung in Fragen der nationalen Identität oder Immigration eine politische Kursrichtung erzielt.

Die Ursprünge des RN gehen zurück auf das Jahr 1972, als Jean-Marie Le Pen den „Front National" gründete. In den folgenden Jahrzehnten entwickelte sich die Partei zu einer Sammelstelle für nationalistische und euroskeptische Strömungen in Frankreich. Ein entscheidender Wendepunkt war jedoch der Machtwechsel hin zu seiner Tochter Marine Le Pen, die den Parteinamen später in Rassemblement National änderte und das Profil der Partei moderater gestalten wollte, um damit mehr Menschen der Mitte anzusprechen. Trotz dieses Imagewandels bleiben die Kernthemen der Partei weiterhin die nationale Souveränität Frankreichs, Einwanderungs- und Immigrationsfragen und die Betonung traditioneller Werte.

In den letzten Jahren zeigen Umfragen außerdem, dass das Rassemblement National inzwischen eine sehr bedeutende Rolle im politischen Spektrum Frankreichs spielt. Aktuelle Umfragewerte variieren je nach Institut, liegen aber häufig in einem Bereich von etwa 20 bis 30 % der befragten Wählerstimmen. Diese Ergebnisse unterstreichen des Weiteren, dass das Thema nationale Identität und Einwanderung für einen nicht unerheblichen Teil der französischen Bevölkerung von zentraler Bedeutung ist.

3.2.3: Die Alternativ Demokratesch Reformpartei (ADR) ist eine luxemburgische Partei, die sich im rechten Spektrum verortet. Sie wurde 1987 gegründet und entstand aus einer Protestbewegung gegen die Ungleichheiten zwischen dem Rentensystem der Staatsbediensteten und dem der Arbeitnehmer im Privatsektor. Ursprünglich als „Aktiounskomitee 5/6 Pensioun fir jiddfereen“ bekannt, erreichte die Bewegung bei den Parlamentswahlen 1989 mit 7,3 % der Stimmen vier Sitze im luxemburgischen Parlament. In den folgenden Jahren erweiterte sie ihr thematisches Spektrum und benannte sich mehrfach um, bis sie 2006 ihren heutigen Namen annahm. Die bedeutendsten Mitglieder der Partei sind zum einem der Parteivorsitzende und Spitzenkandidat bei den Wahlen 2023 Fred Keup, sowie der EU-Abgeordnete Fernand Kartheiser.

Die ADR setzt sich für traditionelle Werte, eine starke nationale Souveränität und eine kritische Haltung gegenüber gewissen Aspekten der europäischen Integration ein. Während sie sich in ihren Anfangsjahren hauptsächlich auf Rentenpolitik konzentrierte, verfolgt sie heute eine breitere Agenda. Sie spricht sich für eine strengere Migrationspolitik aus, betont die Bedeutung der luxemburgischen Sprache und tritt für eine Stärkung des Rechtsstaats ein. In den letzten Jahren wurde eine zunehmende Radikalisierung der Partei beobachtet, indem sie sich verstärkt rechtspopulistischen Themen zugewandt hat.

Trotz ihrer vergleichsweisen geringen Größe, bleibt die ADR ein fester Bestandteil der luxemburgischen Politik. Bei den Parlamentswahlen 2023 konnte sie in mehreren Gemeinden des Landes die Mehrheit der Stimmen erzielen und zog mit 5 Sitzen in das Parlament Luxemburgs ein. In landesweiten Umfragen bewegt sie sich stabil zwischen 6 % und 9 % der Wählerstimmen, was ihre konstante Präsenz im politischen Alltag Luxemburgs unterstreicht.

3.2.4: Die FPÖ, Freiheitliche Partei Österreich, ist als rechtspopulistische, nationalkonservative und EU-skeptische Partei bekannt. Sie wurde 1955, interessanterweise von ehemaligen Nationalsozialisten gegründet und zählt damit zu einer der ältesten Rechten Parteien in Europa. Die FPÖ war zwar schon 5-mal als Koalitionspartei in der Regierung, sie stellte jedoch noch nie den Kanzler. Der aktuelle Frontmann der Partei und Spitzenkandidat bei der Nationalratswahl 2024, Herbert Kickl, will dies jedoch selbstverständlich ändern und setzt deshalb auch auf klassisch rechtspopulistische Themen.

Die Schwerpunkte der FPÖ sind daher zum einen die Asylpolitik Österreichs und die ,,Festung Europas", welche sie mit Hilfe der sogenannten "Remigration " (1) erzielen möchten. Weitere Schwerpunkt sind das traditionelle Familienbild und die wissenschaftlich widerlegte Meinung, dass es lediglich zwei Geschlechter gibt, sowie eine nationalistische Außenpolitik, welche sich dadurch definiert, dass man sich skeptisch gegen die EU stellt und Österreich weitesgehend allein versorgen will.

Wie eben bereits angedeutet, fanden neben den Europawahlen auch die Nationalratswahlen 2024 statt. Bei dieser konnte sich die FPÖ, wenig überraschend, als Wahlgewinner deklarieren und bekam insgesamt 28,8 % der Stimmen. Da jedoch keine der anderen Parteien mit der FPÖ koalieren wollte, dauerte es ganze 6 Monate bis in Österreich eine Regierung, bestehend aus ÖVP, SPÖ, NEOS und den Grünen, sich formieren konnte. Somit haben es Herbert Kickl und die FPÖ, trotz ihres enormen Zuspruchs, nicht geschafft die anderen Parteien zu überzeugen, dass sie wie so oft vorgeworfen nicht rechtsextrem sind und konnten dank der ,,Brandmauer gegen rechts '' von der Regierungsbank ferngehalten werden.

(1): massenhafte Ausweisung und daraus folgende Ausreise von Menschen mit Migrationsgeschichte

3.3 Wie manipulieren uns diese Parteien?

3.3.1 Populismus

Der Begriff ,,Populismus“ wurde womöglich schon von den meisten einmal gehört, dennoch wissen, so wie bei vielen politischen Begriffen, viele Menschen nicht genau, was dieser Ausdruck nun genau bedeutet und ab wann man als Populist bezeichnet werden kann. Daher erhoffen wir uns nun, in diesem Bereich etwas Aufklärung zu verschaffen.

Die Bezeichnung ,,Populismus“ kommt aus dem lateinischen (Populus) und bedeutet Volk. Dies ist im Endeffekt auch sehr passend, da es beim Populismus auch um das Volk geht, genauer gesagt, um sich eine größtmögliche Unterstützung unter der Bevölkerung zu sichern. Das Zentrum für politische Bildung in Baden-Württemberg schlägt folgende übergreifende Definition vor: *Populismus idealisiert das Volk und baut Feindschaft zur Elite auf. (...) Populismus erzählt die Geschichte des von der Elite betrogenen Volkes."* Außerdem propagiere Populismus einfache Lösungen und lasse dabei komplexe Zusammenhänge außer Acht.

Wir empfinden diese Definition als sehr passend, da sie bereits drei wesentliche Taktiken der Populisten erwähnt: Die Idealisierung des eigenen Volkes, das Hetzen gegen angebliche Eliten und das Propagieren einfacher Lösungen zu komplexen Fragen. Auf diese Strategien werden wir nun genauer eingehen.

Wir starten mit einem der Hauptpunkte jedes Populisten, nämlich das übermäßige Heimatsgefühl und das Hervorheben der eigenen Kultur respektiv des eigenen Volkes. Dies drückt sich meistens in der Romantisierung der Geschichte des jeweiligen Landes aus und des Stilisierens des Volkes als homogene Einheit mit gemeinsamen Werten, Traditionen und einer klar definierten Identität, wobei kulturelle Vielfalt oft als Bedrohung dargestellt wird. Dies führt dann nicht nur zur Ausgrenzung von Minderheiten, sondern kann auch nationalistische oder gar fremdenfeindliche Tendenzen fördern. Die Betonung der eigenen Kultur wird somit zum klaren politischen Werkzeug. Außerdem ist es interessant zu beobachten, dass Populisten, wie man z.B. auch bei dem Wahlspruch von Donald Trump: „Make America great again“ erkennen kann, oftmals darauf anspielen, dass ihre Nation einmal stark und groß war, dies momentan jedoch nicht mehr der Fall ist und man sie doch gefälligst wählen sollte, um wieder stolz auf sein Land sein zu können.

Als zweiten Punkt kommen wir auf das Misstrauen gegenüber bestehenden politischen Institutionen, sowie den „Eliten“ zu sprechen. Populisten agieren in der Regel nämlich so, dass sie sich selbst als Mitglieder des Volkes darstellen und dem Wähler zeigen möchten, dass sie wie sonst keiner die Probleme des Bürgers zu verstehen wissen. Ein zentrales Merkmal populistischer Rhetorik ist daher das tief verwurzelte Misstrauen gegenüber sogenannten Eliten. Populisten zeichnen infolgedessen ein einfaches Weltbild: Auf der einen Seite steht das „wahre Volk“ (zu welchem auch sie gehören) und auf der anderen eine abgehobene, korrupte Elite bestehend aus Politikerinnen, Intellektuellen, Journalistinnen oder Wirtschaftsbossen. Diese Eliten werden beschuldigt, die Interessen des Volkes zu verraten, sich selbst zu bereichern und den Kontakt zur Realität verloren zu haben. Diese Gegenüberstellung dient als Legitimation populistischer Forderungen, denn wer sich als Sprachrohr des „einfachen Volkes“ inszeniert, kann etablierte Institutionen und demokratische Spielregeln als manipulativ oder illegitim darstellen. In extremen Fällen führt

dieses Misstrauen zu Verschwörungserzählungen, in denen eine „Elite“ hinter allen Problemen steckt – von Globalisierung über Migration bis hin zu Medienberichterstattung.

Als letzten Punkt erwähnen wir dann noch die Fähigkeit der Populisten, auf die komplexesten Fragen der Welt immer die scheinbar einfachsten Lösungen zu finden. Sei es zum Thema Klimawandel, Migration oder Inflation, Donald Trump die AfD oder andere in unserem Mémoire bereits erwähnte Parteien haben immer die perfekte Lösung parat. Um dies zu tun, bedienen sie sich der ersten beiden Taktiken und spielen gekonnt mit den Ängsten der Menschen und verdrehen Fakten oftmals so um, dass sie ihnen ins Weltbild passen. Dies führt im Anschluss dazu, dass weniger Gebildete Menschen sehr anfällig für Populismus sind und häufig von der starken Rhetorik mancher Politiker manipuliert werden. Außerdem ist es durch dieses Phänomen sehr schwierig mit solchen Politikern oder zumindest Anhänger solcher Ideologien zu diskutieren, da durch das sehr einfach gestrickte Weltbild dieser Menschen es bei nahe unmöglich ist auf einer schlichen ebene eine Debatte zu führen.

3.3.2 Wahlkampagnen – Soziale Medien

Rechte Parteien benutzen Soziale Medien gezielt, um ihre politischen Positionen zu verbreiten, bestimmte Zielgruppen zu mobilisieren und Stimmen zu beeinflussen. Diese Parteien setzen stark auf emotionale Inhalte. Themen wie Migration, Sicherheit oder Geld sind gang und gebe auf den Werbeanzeigen. Sie werden oft überdramatisiert, um Angst und Wut zu erzeugen. Außerdem werden die linken und Migranten oft als Bedrohung dargestellt. Die rechten Parteien benutzen Plattformen wie Facebook, Instagram, TikTok, Twitter und YouTube.

Im Folgenden sind die Strategien und Beispiele von den Parteien AfD, FPÖ, Rassemblement national und ADR aufgelistet.

AfD: Die Alternative für Deutschland verband in Clips auf den sozialen Netzwerken hauptsächlich Themen wie Migration, Klima-Politik und Bürokratie der EU. Sie setzen vor allem auf provokative Inhalte im Netz. Kurze Sprüche wie „Warum sollen wir zahlen für eine EU, die uns nur schadet?“ und Slogans wie „Unser Europa braucht keine EU“ findet man überhäuft. Auch Videos mit Hashtags wie #NoEU oder #AfDwirkt werden häufig verwendet. Zusätzlich beharrt die AfD auch oft darauf, dass die Medien lügen und dass sie die einzige echte Opposition ist. Mit Ausschnitten aus Talk-Shows unterstreichen sie ihren Punkt, dass sie unfair behandelt werden oder „gecancelt“ werden. So möchte die AfD das Bild erschaffen, dass sie nur gegen die Regierung kämpfen möchte und die eigentlichen Opfer sind.

Unteranderem nutzen sie auch Memes, die gegen andere Parteien gerichtet sind. Die AfD bekommt viel Unterstützung von jungen Nutzern, indem diese sich in Posts über andere Spitzenkandidaten lustig machen. Ein TikTok User @_moehre_21 mit 41 tausend Follower, zeigt immer wieder Olaf Scholz und Friedrich Merz in einem ironischen Kontext und ergattert mit solchen Videos tausende von Aufrufen. Außerdem „vergöttert“ dieser TikTok Nutzer die Spitzenkandidatin Alice Weidel. Das ist nur einer von vielen Beispielen, die der AfD verholfen hat, die Junge Generation zu erreichen. Dies verdeutlicht auch, dass nicht nur Posts von der Partei selbst verholfen haben ihre politischen Botschaften zu verbreiten.

Quelle: @_moehre_21 (TikTok)

Zurzeit hat die die AfD auf Instagram 317.000 Follower. Hingegen hat die grüne Partei 361.000 Follower, die CDU 189.000 Follower, die SPD 152.000 Follower und die Linke 474.000 Follower.

Warum die Linke so viele Anhänger auf Instagram hat, lässt sich durch ihre junge Zielgruppe erklären. Die AfD hat dennoch mehr Abonnenten als die meistgewählte Partei in Deutschland, die CDU und sie hat auch mehr als die SPD. Auf TikTok hat die AfD 586.100 Anhänger, was im Gegensatz zu den anderen Parteien (die CDU mit 28.000 Follower und die SPD mit 161.400 Follower) sehr viel ist.

Wie viele Beiträge gab es auf Facebook und TikTok?

Partei	**Facebook**	**TikTok**
CSU	107	3
CDU	44	8
FDP	44	16
AfD	42	26
BSW	40	7
SPD	33	38
Grüne	17	31

Zahl der Beiträge von Parteiaccounts und Spitzenkandidierenden vor und nach der Europawahl. Tabelle: ZDFheute

Wie viele Beiträge waren provokant?

Partei	**Facebook**	**TikTok**
AfD	95%	100%
FDP	39%	255
CSU	22%	0%
SPD	15%	26%
BSW	13%	0%
CDU	9%	13%
Grüne	0%	3%

Anteil provokativer Beiträge von Parteiaccounts und Spitzenkandidierenden im Rahmen der Europawahl. Tabelle: ZDFheute

FPÖ: Die freiheitliche Partei Österreichs nutzt genau sowie die AfD, die sozialen Netzwerke, um ihre politischen Botschaften zu verbreiten. Sie nutzen Themen wie der Ukraine-Krieg, Migration und Meinungsfreiheit, um junge TikTok Nutzer zu überzeugen sie in den

Europawahlen zu wählen. Ein Beispiel Slogan der Wahlkampagne lautet: „EU-Wahnsinn stoppen“.

Zudem nutzte die FPÖ, die damals aktuelle Welt Lage aus, um dem Volk Angst zu bereiten. Sie benutzten Aussagen wie: „Dein Sohn, dein Bruder oder dein Vater könnten bald in der Ukraine sterben.“ oder auch „Österreichs Neutralität ist in Gefahr – Brüssel will den Krieg.“ um die Menschen aufzuheitern. Die FPÖ verwendete auch Verschwörungstheorien wie z.B., dass die EU und Emmanuel Macron bewusst auf Eskalation setzen, während die Bevölkerung getäuscht werde.

Die FPÖ ist mit ihren 90.3 tausend Follower deutlich der erfolgreichste TikTok-Account unter den nationalen Parteien in Österreich.

Rassemblement National: Die französische Partei nutzt auch Themen wie die Sicherheit der Bevölkerung und Migration auf ihren Sozialen Netzwerken, um Wähler zu bewegen ihnen eine Stimme zu geben.

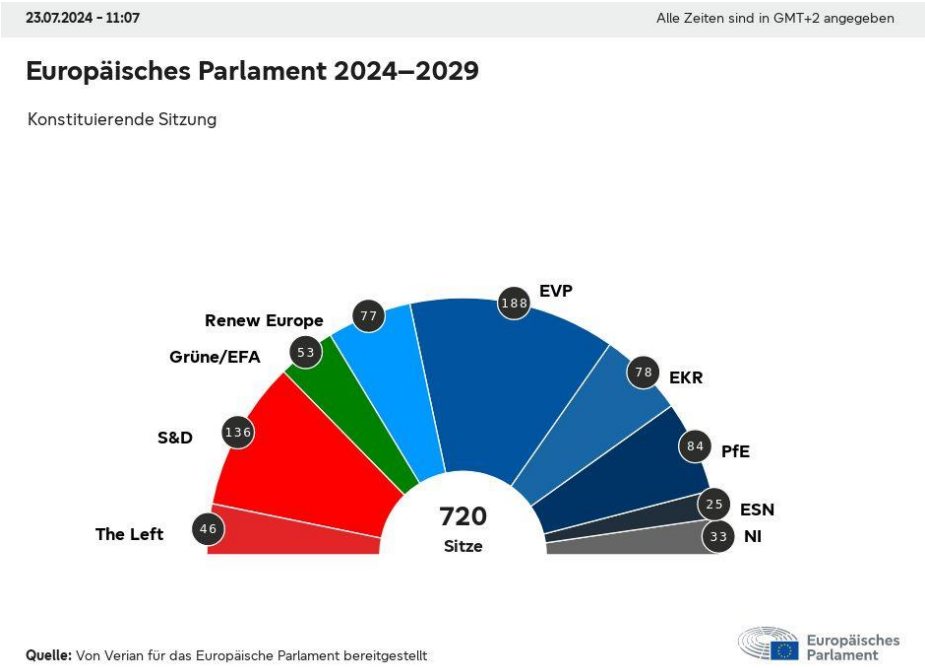
Für die Partei RN war Jordan Bardella die Schlüsselfigur, der Kampagne. Mit über 2 Millionen Followers auf TikTok, präsentiert er sich als nahbarer Politiker, der die Sorgen und Anliegen der Jugendlichen versteht. Jordan Bardella ist noch recht jung, was ihm auch zu Gunst steht, da er als „cool“ und nicht wie der übliche Politiker dem Publikum inszeniert wird. Dennoch äußert er Kritik an der EU und fordert nationale Souveränität.

Wie alle anderen rechten Parteien benutzen auch sie Memes und Ironie auf den Sozialen Netzwerken.

ADR: „Fir e staarkt Lëtzebuerg an Europa“ lautet der Wahlslogan der ADR. Sie nutzten insbesondere Facebook und die Plattform X, um ihre Botschaften zu verbreiten.

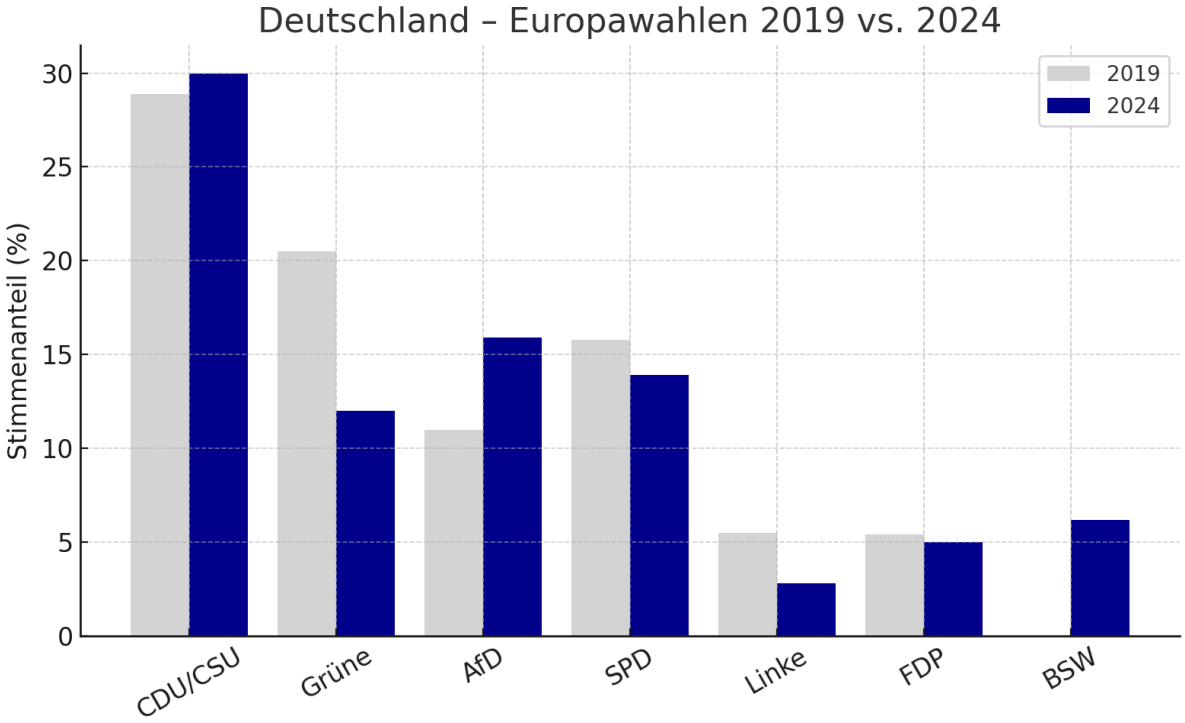
Fred Keup teilte am 8 April 2024 eine deutsche Polizei Statistik in dem steht, dass 40 Prozent der Verdächtigen Ausländer wären und schrieb hinzu, dass es in Luxemburg wohl um die 80 Prozent wären. Wegen diesem Grund behauptet er, sei die Statistik seit Jahren nicht mehr vervollständigt.

4. Die Europawahlen 2024



Die Europawahlen fanden im Juni 2024 statt. Das Europaparlament ist das einzige direkt gewählte Organ der EU und entscheidet zum Beispiel über Gesetze, Haushalte und internationale Abkommen. Alle 5 Jahre werden 720 Abgeordnete aus den 27 Ländern der EU gewählt. Bei den letzten Europawahlen, also die im Jahr 2024 haben rechtskonservative und rechtspopulistische Parteien deutlich zugelegt wie zum Beispiel der Rassemblement National in Frankreich, die AfD in Deutschland, die FPÖ in Österreich und Fidesz in Ungarn. Dabei verlieren Parteien, die im politischen Spektrum mittig oder links stehen, wie zum Beispiel Macrons Partei oder die deutsche FDP. Für Europa bedeutet das, dass die politische Balance sich verändert und das rechte und nationalkonservative Kräfte mehr Einfluss auf die EU-Politik haben könnten, aber die Mehrheit im Parlament bleibt trotzdem bei den proeuropäischen Parteien (z.B. EVP, S&D, Renew). Außerdem sind radikale Rechte nicht geeint, da sie selten geschlossen zusammenarbeiten.

4.1 Das Ergebnis der Europawahl und der Rechtsruck in Deutschland



An diesem Diagramm ist der Rechtsruck klar erkennbar, da die AfD trotz ihrer vielen Skandale von 11% auf 15,9% steigt. Gleichzeitig verlieren die klassischen Parteien des progressiven Lagers, die Grüne und die SPD deutlich Stimmen. Mit dem Einzug vom BSW, einer EU-skeptischen Partei, wächst die systemkritische Opposition.

4.1.1 Die Wahlbeteiligung in Deutschland

	EU27	DE
Alter		
15-24	36	47
25-39	64	65
40-54	51	67
55+	58	70
Geschlecht		
Mann	53	68
Frau	50	63
Sozio-professionelle Kategorie		
Selbstständige	56	85
Führungskräfte	63	84
Sonstige Angestellte	55	61
Manuelle Arbeiter	44	58
Hausangestellte	38	52
Arbeitslose	29	33
Rentner	58	73
Studenten	46	57

4.1.2 Deutschlands Wahlverhalten in verschiedenen Bevölkerungsgruppen bei den Europawahlen 2024

	CDU/CSU	GRÜNE	SPD	AFD	LINKE	FDP	BSW
BILDUNG							
NIEDRIG	39	5	18	20	2	3	4
MITTEL	31	6	13	22	2	4	7
HOCH	26	19	13	10	3	7	6
BESCHÄFTIGUNG							
RENTNER	41	8	21	11	2	5	7
ARBEITER	24	6	12	33	3	3	6
ANGESTELLTE	29	13	13	15	3	5	6
BEAMTE	34	20	13	10	2	4	3
SELBSTSTÄNDIGE	30	15	9	17	2	9	6
WIRTSCHAFTLICHE LAGE							
SEHR GUT/GUT	32	13	14	13	3	5	6
WENIGER GUT/SCHLECHT	19	6	11	32	3	3	9
KONFESSION							
KATHOLISCH	44	9	11	22	2	4	7
EVANGELISCH	31	12	19	10	3	7	6
MUSLIMISCH	12	4	17	6	4	2	19
ANDERE RELIGION	25	12	9	25	3	3	5
KEINE RELIGION	21	14	12	19	4	5	9
GESCHLECHT							
MÄNNLICH	29,8	10,9	12,5	19,3	2,3	5,7	5,6
WEIBLICH	29,8	13,7	14,4	12	3,2	4,7	6,7
ALTER							
16-29 JAHRE	16,7	11,5	8,4	17,1	6,1	6,4	6
30-44 JAHRE	23,5	15,3	9,6	20,1	2,8	4,8	5,3
45-59 JAHRE	31,2	13,2	12	17,7	1,9	5,4	6,2
60+	39,5	9,7	20,7	10,6	1,7	4,8	6,5
ALTER + GESCHLECHT							
16-29 JAHRE MANN	17,2	9,4	7,9	22,1	4,1	7,9	5
16-29 JAHRE FRAU	16,1	13,8	9,1	11,6	8,2	4,7	7,2
30-44 JAHRE MANN	24	13,2	8,6	23,5	2,5	5,3	4,6
30-44 JAHRE FRAU	23,2	17,6	10,5	16,2	3	4,2	6
45-59 JAHRE MANN	32,7	11,4	11,2	21,1	1,6	5,5	5,5
45-59 JAHRE FRAU	30	15,1	12,8	13,7	2,1	5,4	6,9
60+ JAHRE MANN	38,6	9,5	19,2	13	1,8	5	6,8
60+ JAHRE FRAU	40,6	10,1	21,1	8,1	1,6	4,4	6,7
SCHULBILDUNG							
HAUPTSCHULABSCHLUSS	41,1	3,9	18,5	18,7	1,1	3,4	4,7
MITTLERE REIFE	31,7	6,1	13,1	22,5	2,1	4,2	6,8
HOCHSCHULREIFE	26,6	12,8	11,9	12,7	3,6	5,6	7
HOCHSCHULABSCHLUSS	25,5	22,8	13,1	7,3	3	7,3	5,5

(Wahlverhalten bei den Europawahlen 2024 (%))

4.1.3 Analyse der Wahlverhalten/Entscheidungen in Bevölkerungsgruppen

Die Statistik besagt, dass die Wirtschaftliche Unsicherheit den Rechtsruck antreibt, da die AfD ihre höchsten Werte (32%) bei Menschen, die ihre Wirtschaftliche Lage als "weniger gut/schlecht" einschätzen. Rentner, Beamte und Angestellte bleiben eher bei der CDU/CSU oder der SPD während Arbeiter überdurchschnittlich oft die AfD wählen. Dies kann ein Hinweis dafür sein, dass wirtschaftlichen Ängste und Unsicherheiten bei der Arbeiterklasse eine wichtige Rolle für den Erfolg der AfD spielen.

Junge Männer (16-29 Jahre) erreicht die AfD (22,1%) mehr als alle anderen Altersgruppen. Bei jungen Frauen liegt die AfD dagegen nur bei 11,6%. Das könnte daran liegen, dass Männer sehen, dass sich im Moment sehr viel gesellschaftlich verändert und sie deswegen verunsichert sind, oder Angst haben, dass zum Beispiel Frauen jetzt die Jobs bekommen, die sie eigentlich bekommen hätten und deswegen eine Partei, wie die AfD wählen, die ihnen verspricht, dass alles wieder besser und so wie vorher wird.

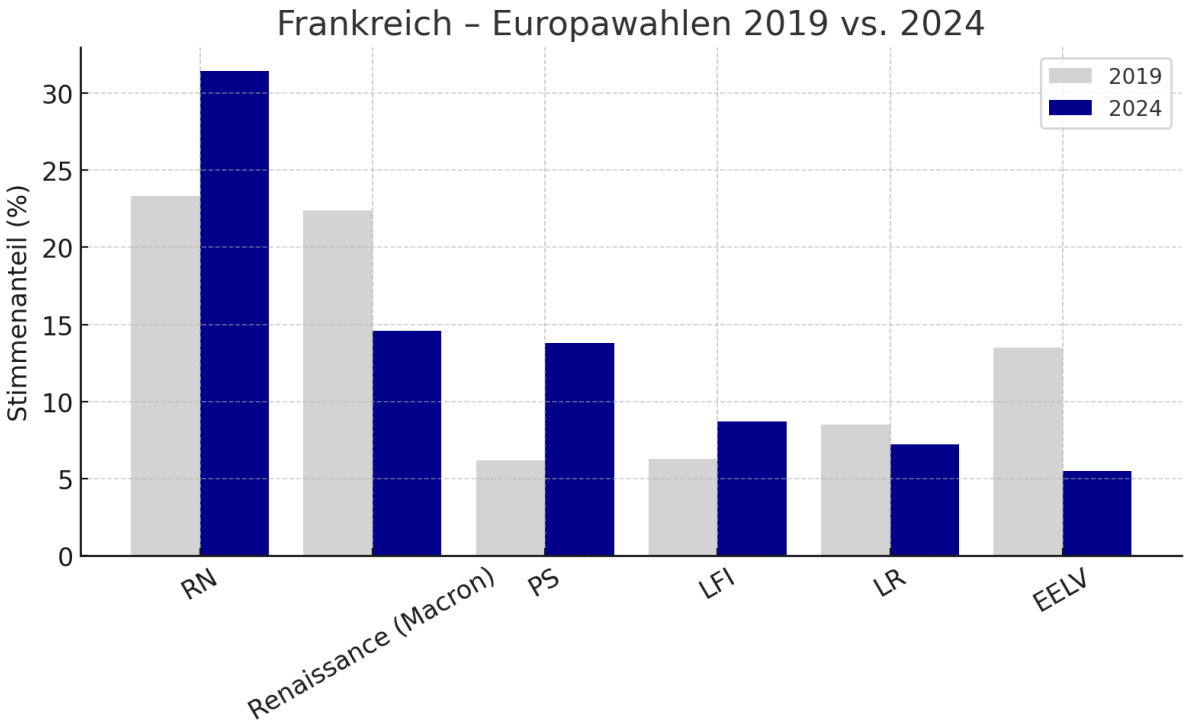
Bei Älteren ist die CDU/CSU der Gewinner des Rechtsrucks. Während die AfD eher jüngere Menschen anspricht, hält die CDU/CSU weiterhin starke Werte bei älteren Wählern (60+: 9,5%).

Die zeigt, dass der Rechtsruck nicht nur die AfD betrifft, sondern auch die Union als konservative Kraft stärkt.

Man sieht auch das der Bildungsgrad die Spaltung verstärkt, da Menschen mit geringer Bildung überproportional AfD und CDU/CSU wählen und Akademiker eher zu Grünen oder FDP tendieren, was sie gesellschaftliche Polarisierung verstärkt.

Erkennbar ist auch, dass Religion den Rechtsruck beeinflusst, da Katholiken (44% CDU/CSU, 22% AfD) und Evangelische stärker zu konservativen Parteien neigen. Religionslose (19% AfD, 14% Grüne) und Muslime (17% SPD, 19% BSW) haben ein völlig anderes Wahlverhalten. Dies zeigt, dass der Rechtsruck auch mit einer Rückbesinnung auf traditionelle Werte zusammenhängt.

4.2 Das Ergebnis der Europawahl und der Rechtsruck in Frankreich



Dieses Diagramm zeigt einen deutlichen Rechtsruck, da der Rassemblement National von Marine Le Pen deutlich dazugewinnt, nämlich von 23,3% auf 31,4%. Zudem verliert das proeuropäische Lager (Macrons Renaissance) fast 8 Prozentpunkte und die erstarkte sozialistische Partei kann das nicht ausgleichen. Frankreich hat einen der stärksten Rechtsrucke in Westeuropa, mit der extremen Rechten als stärkster Kraft.

4.2.1 Die Wahlbeteiligung in Frankreich

	EU27	FR
Alter		
15-24	36	34
25-39	64	38
40-54	51	47
55+	58	65
Geschlecht		
Mann	53	52
Frau	50	50
Sozio-professionelle Kategorie		
Selbstständige	56	64
Führungskräfte	63	61
Sonstige Angestellte	55	52
Manuelle Arbeiter	44	37
Hausangestellte	38	22
Arbeitslose	29	30
Rentner	58	64
Studenten	46	42

4.2.2 Frankreichs Wahlverhalten in verschiedenen Bevölkerungsgruppen bei den Europawahlen 2024

KATEGORIE	RASSEMBLEMENT NATIONAL (RN)	MACRONS LAGER (ZENTRUM)	LINKE (NFP-LA FRANCE INSOUMISE, PS, GRÜNE)	LES RÉPUBLICAINS (LR)
GESAMTSTIMENANTEIL	31,37%	14,6%	28% (geteilt auf mehrere Parteien)	7,25%
ALTERSGRUPPEN	Stärkste Unterstützung von 35-69-Jährigen	Über 65-Jährige eher für Macron	Junge Wähler (18-24) stärker links	Ältere Wähler (traditionell, konservativ)
BERUFSGRUPPEN	Arbeiter (54%), Angestellte (40%)	Beamte, Mittelstand	Studenten, Beamte	Unternehmer, Landbevölkerung
BILDUNGSNIVEAU	Unter Abitur: 46%, mit Abitur: 38%	Höhere Bildung	Akademiker, Hochschulabsolventen	Akademiker, ältere Generation
REGIONALE VERTEILUNG	Nord- und Ostfrankreich (bis zu 50,6% RN)	Paris und Wohlhabende urbane Regionen	Städte, Universitätsstädte	Ländliche Gebiete
WAHLTREND	+9% gegenüber 2019	-7,8% gegenüber 2019	Stabil mit leichten Verschiebungen	Rückgang gegenüber 2019

4.2.3 Analyse der Wahlverhalten/Entscheidungen in Bevölkerungsgruppen

Diese Tabelle zeigt sehr klar, dass Frankreich bei den Europawahlen einen klaren Rechtsruck erlebt. Dieser äußert sich sozial, regional und bildungsspezifisch.

Die Tabelle zeigt, dass der Rassemblement National bei weiten Teilen der Bevölkerung zur stärksten Kraft geworden ist. Mit über 31% ist der RN (Rassemblement National) die mit Abstand stärkste Partei. Von Arbeitern (54%) und Angestellten (40%) kommt besonders hohe Zustimmung. Dies sind genau die Gruppen, die sich oft wirtschaftlich abhängig fühlen.

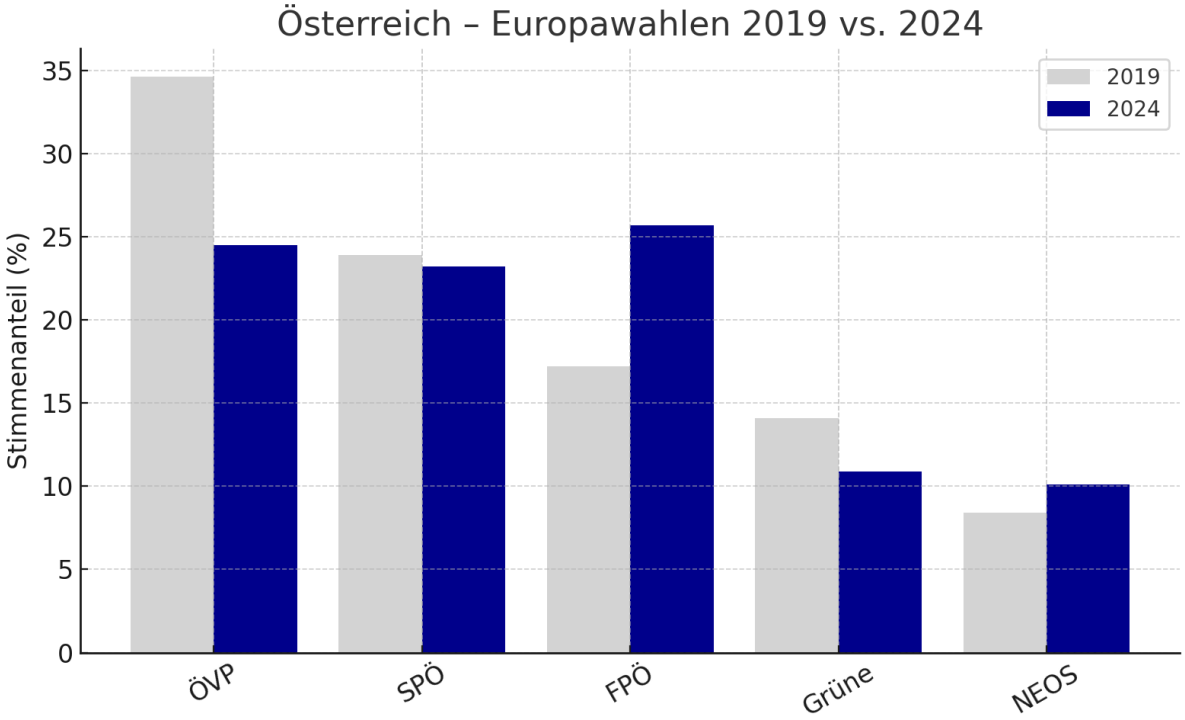
Die zweite Erkenntnis, die man bei der Analyse der Tabelle machen kann, ist, dass die Bildung eine Entscheidende Rolle spielt, da Wähler ohne Abitur zu 46% den RN gewählt haben und Wähler mit Abitur den RN zu 38% gewählt haben. Obwohl der Unterschied zwischen Wählern mit oder ohne Abitur nicht allzu groß ist, kann man trotzdem erkennen, dass der Rechtsruck eine klare sozialstrukturelle Dimension hat: Je geringer die Bildung, desto höher die Zustimmung für rechte Parteien.

Die Tabelle besagt auch, dass es in Frankreich eine regionale Spaltung gibt. Das sieht man daran, dass der RN in ländlichen Regionen und strukturschwachen Gebieten (z.B. Nord -und Ostfrankreich) mit teils über 50% dominiert und dass der RN in Großstädten wie zum Beispiel Paris kaum Einfluss hat (nur 8,5%).

Man kann an der Tabelle auch sehen, dass der politische Wettbewerb sich nach rechts verschiebt. Das sieht man daran, dass das Zentrum um Macron deutlich verliert, vor allem an den RN. Man sieht auch, dass es sogar Spielraum rechts vom RN gibt, da auch Zemmours radikalere Rechte (Reconquête!) es über die 5%-Hürde schafft und die klassische konservative Partei (Les Républicains) massiv an Bedeutung verliert.

Die Tabelle erwähnt auch, dass der Rechtsruck kein Randphänomen mehr ist, weil der RN in der Mitte der Gesellschaft wählbar wird. Er ist nicht nur eine Protestpartei, sondern eine neue Volkspartei für breite Schichten, vor allem im unteren und mittleren Bereich der sozialen Skala.

4.3 Das Ergebnis der Europawahl und der Rechtsruck in Österreich



4.3.1 Die Wahlbeteiligung in Österreich

	EU27	AT
Alter		
15-24	36	32
25-39	64	43
40-54	51	60
55+	58	69
Geschlecht		
Mann	53	55
Frau	50	58
Sozio-professionelle Kategorie		
Selbstständige	56	59
Führungskräfte	63	72
Sonstige Angestellte	55	53
Manuelle Arbeiter	44	53
Hausangestellte	38	25
Arbeitslose	29	14
Rentner	58	67
	46	41

4.3.2 Österreichs Wahlverhalten in verschiedenen Bevölkerungsgruppen bei den Europawahlen 2024

	ÖVP	SPÖ	FPÖ	GRÜNE	NEOS	DNA	KPÖ
BERUFSSTATUS							
ERWERBSTÄTIG	23%	20%	26%	14%	11%	3%	3%
PENSIONISTEN	31%	29%	23%	6%	7%	3%	2%
GESCHLECHT							
MÄNNLICH	24%	22%	27%	9%	13%	2%	3%
WEIBLICH	25%	24%	24%	12%	8%	4%	3%
ALTER							
16-29 JAHRE	20%	20%	19%	12%	17%	3%	10%
30-59 JAHRE	23%	22%	26%	12%	10%	4%	2%
60+	29%	26%	26%	9%	7%	1%	2%
SCHULABSCHLUSS							
PFLICHTSCHULE	34%	27%	27%	4%	4%	1%	3%
LEHRE	20%	24%	34%	9%	7%	4%	3%
MITTLERE SCHULE	29%	24%	23%	8%	13%	0%	3%
MATURA	22%	24%	19%	16%	16%	2%	2%
UNIVERSITÄT	24%	19%	14%	20%	15%	5%	4%

4.3.3 Analyse der Wahlverhalten/Entscheidungen in Bevölkerungsgruppen

Diese Statistik zeigt das Wahlverhalten bei den Europawahlen bei den Europawahlen 2024 in Österreich nach verschiedenen soziodemographischen Gruppen. Hier finden Sie eine Analyse der wichtigsten Erkenntnisse:

Generelle Trends zwischen den Wählern:

Die konservative Partei ÖVP ist die stärkste Partei bei Pensionisten (31%) und Menschen mit Pflichtschulabschluss (34%).

Die sozialdemokratische Partei SPÖ ist überall gleichmäßig vertreten, hat aber den stärksten Wert bei Pensionisten.

Die Rechtspopulistische Partei FPÖ kommt am besten bei Erwerbstätigen (26%), Männern (27%), und Menschen mit Lehre (34%) an.

Die umweltorientierte Partei Grüne hat den höchsten Wert bei Universität Absolventen (20%) und Jüngeren (16-29 Jahre: 12%)

Die liberale Partei NEOS ist stärker unter Jüngeren (17%) und Hochgebildeten (15-16%), aber insgesamt schwächer als größere Parteien.

Diese Statistik bestätigt, dass der Rechtsruck in Österreich bei den Europawahlen 2024 besonders in bestimmten Bevölkerungsgruppen ausgeprägt ist.

Dies merkt man an den starken Zugewinnen für die FPÖ in bestimmten Gruppen.

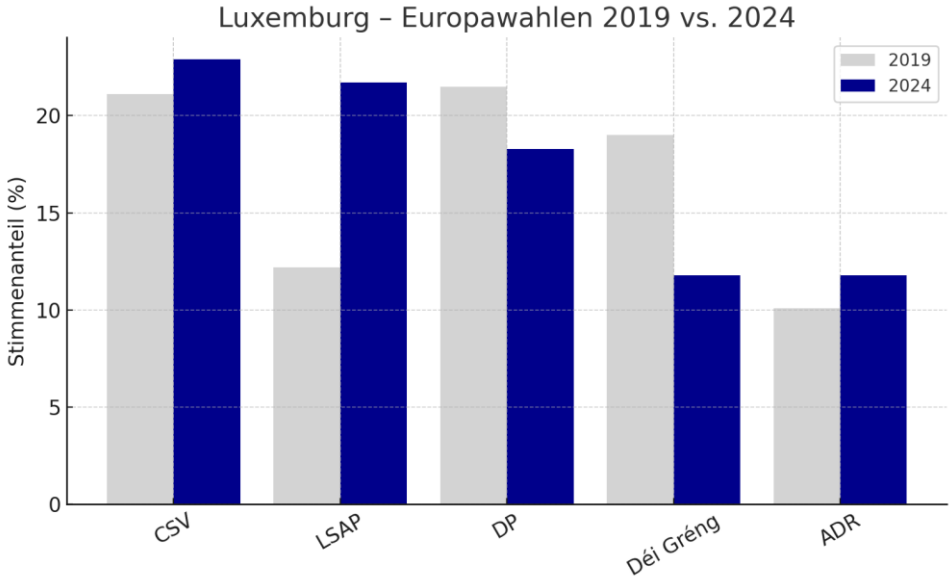
Männer wählen zum Beispiel überdurchschnittlich oft die FPÖ (27%), während Frauen gleichmäßiger verteilt sind (24% FPÖ, 24% SPÖ, 25% ÖVP). Erwerbstätige tendieren stärker zur FPÖ (26%) als Pensionisten (23%), was auf wirtschaftliche Ängste und Unsicherheiten hindeuten könnte. Junge Wähler (16-29 Jahre) haben mit 19% einen hohen FPÖ-Anteil, jedoch hinter dem Wert der 30–59-Jährigen, der bei 26% liegt.

Einen entscheidenden Faktor spielt die Bildung, da Menschen mit Pflichtschulabschluss besonders häufig die FPÖ und die ÖVP gewählt haben, während die Grünen und NEOS kaum Unterstützung finden. Personen mit Lehre (Berufsausbildung) wählen die FPÖ besonders viel was darauf hindeutet, dass diese Gruppe sich nicht mehr ausreichend von traditionellen Parteien vertreten fühlt. Hochgebildete, also Menschen mit Universitätsabschluss wählen dagegen eher Grüne (20%) und NEOS (15%), FPÖ bleibt hier eher schwach (14%).

Ein weiterer Faktor ist der Generationskonflikt, bei dem Ältere eher konservativ sind und Jüngere rechtspopulistisch. Ältere Wähler (60+) bleiben der ÖVP (29%) und der SPÖ (26%) treu, die FPÖ kommt hier nur auf 26%. Jüngere wählen deutlich anders als Ältere Generationen, nämlich mehr FPÖ (19%) und NEOS (17%) und weniger ÖVP (20%).

Der letzte Faktor ist die gesellschaftliche Polarisierung, da die FPÖ besonders Wähler aus der Mittelschicht mit mittlerer oder niedriger Bildung anzieht, die sich sozial oder wirtschaftlich unsicher fühlen. Die ÖVP bleibt jedoch stabil bei Älteren und konservativen Wählern, die von der FPÖ weniger angesprochen werden. Progressive Parteien (Grüne, NEOS) werden eher von Hochgebildeten in Erwägung gezogen, was die gesellschaftliche Spaltung zwischen progressiven und rechtskonservativen Lagern nochmal verdeutlicht.

4.4 Das Ergebnis der Europawahl und der Rechtsruck in Luxemburg



Dieses Diagramm veranschaulicht noch mal, dass der Rechtsruck in Luxemburg nicht außerordentlich stark ist, jedoch trotzdem vorhanden ist. Die ADR ist erstmals mit 11,8% der Stimmen ins Europaparlament gezogen ist. Dies ist ein klarer Anstieg im Vergleich zu früheren Wahlen, obwohl der Anteil im Vergleich zu anderen Ländern gering ist, ist dieser Erfolg symbolisch sehr wichtig, da er den Rechtsruck markiert und zeigt, dass auch in Luxemburg zunehmend immer mehrt Wählerinnen und Wähler sich von rechten Parteien angesprochen fühlen.

4.4.1 Die Wahlbeteiligung in Luxemburg

	EU27	*LU*
Alter		
15-24	36	68
25-39	64	78
40-54	51	75
55+	58	91
Geschlecht		
Mann	53	85
Frau	50	80
Sozio-professionelle Kategorie		
Selbstständige	56	69
Führungskräfte	63	84
Sonstige Angestellte	55	82
Manuelle Arbeiter	44	66
Hausangestellte	38	100
Arbeitslose	29	71
Rentner	58	92
Studenten	46	88

4.4.2 Luxemburgs Wahlverhalten in verschiedenen Bevölkerungsgruppen bei den Europawahlen 2024

KATEGORIE	ADR	CSV	LSAP	DP	DÉI GRÉNG
ALTERSGRUPPEN	Ältere, konservative Wähler	Über 50, traditionell Konservative	30-60 Jahre, Arbeiterschicht	Jüngere Berufstätige, urbane Wähler	Jüngere (18-35), akademisches Milieu
BERUFSGRUPPEN	Beamte, konservative Mittelklasse	Beamte, Landwirte, Unternehmer	Arbeiter, öffentl. Dienst	Angestellte, Selbständige	Studierende, Kultursektor
BILDUNGSNIVEAU	Mittleres Bildungsniveau	Höheres Bildungsniveau	Mittel bis gering	Hoch gebildete Mittelschicht	Universitäts- und Hochschulbildung
REGIONALE STÄRKE	Norden, ländlicher Süden	Flächendeckend stark	Industriegebiete (Esch, Differdange)	Luxemburg-Stadt	Universitätsnähe, Hauptstadt
WAHLTREND	+1,7%, erstmals ein Sitz	Leichtes Plus	Starker Zuwachs (+9,5%)	Rückgang (-3,1%)	Verlust (-7,1%), aber stabiler Kern

4.4.3 Analyse der Wahlverhalten/Entscheidungen in Bevölkerungsgruppen

Die ADR hat in Luxemburg mit 11,8% erstmals einen Sitz im Europäischen Parlament errungen. Dies ist eine bedeutende Änderung, da die ADR die einzige Partei im luxemburgischen Parteisystem ist, die klar rechtskonservativ ist. Jedoch stellt sich jetzt die Frage, warum Luxemburg jetzt nach rechts rückt, obwohl Luxemburg immer als sehr resistent galt. Nach der Tabelle, die wir erstellt haben, ist der typische ADR-Wähler in Luxemburg über 50, kommt eher aus einer ländlichen Region wie zum Beispiel aus dem Norden oder aus dem Süden, ist Beamter, kleinerer Selbständiger oder ist Teil der Mittelklasse. Themen, die die Wählerschaft beschäftigen, wären die Migration, Identität, soziale Sicherheit und EU-Skepsis. Außerdem hat der typische ADR-Wähler ein mittleres Bildungsniveau.

Wie gerade eben erwähnt gibt es mehrere Themen, die konservative Wähler beschäftigen und dazu bewegen rechts zu wählen.

Das erste Anliegen, dass dieser Teil der Bevölkerung hat, ist die Migration und die Identität. Da Luxemburgs Bevölkerung fast zu 50% aus Ausländern besteht, greift die ADR-Integrationsthemen auf, wie die nationale Identität, die bei manchen Wählergruppen ankommen.

Ein zweiter Punkt, der manche Wählergruppen dazu bewegt rechts zu wählen ist die Kritik an der EU und der Bürokratie-Frust. Damit ist gemeint, dass diese Wählergruppen die EU als zu abgehoben und überregulierend empfinden und für sie wirkt die ADR, die euroskeptischen Positionen vertritt, die EU jedoch nicht komplett ablehnt, wie eine "gemäßigte Alternative".

Die ADR greift auch auf einen nächsten Punkt auf, um den viele Menschen wegen den steigenden Lebenserhaltungskosten sorgen. Ältere Menschen sorgen sich nämlich momentan um ihre Renten, die Gesundheitsversorgung und die steigenden Preise und rechte Parteien sprechen diese Sorgen verbunden mit traditionellen Werten gezielt an.

Die Wählerschaft der ADR empfindet die Politik grüner und progressiver Parteien oft als zu übergriffig oder/und realitätsfern, dies könnte bedeuten, dass ein immer größerer Teil der Bevölkerung radikalere Umweltpolitik ablehnt.

5. Schlussfolgerung

Wie inzwischen hoffentlich allen bekannt ist, widmete sich unser Memoire dem Rechtsruck bei den Europawahlen 2024. Es umfasste drei zentrale Schwerpunkte: die Darstellung der Aufgabenbereiche der EU und insbesondere des Europaparlaments, die Analyse der Strategien rechter Parteien zur Gewinnung von Popularität sowie die Untersuchung der politischen Orientierungen und die Interpretation der Wahlergebnisse.

Durch unsere umfangreichen Recherchen im Laufe dieses Jahres konnten wir den Rechtsruck klarer definieren. Dabei wurde deutlich, dass dieses Phänomen, das uns zweifellos auch in Zukunft begleiten wird, nicht plötzlich entstanden ist, sondern sich über Jahre hinweg entwickelt hat. Der Erfolg rechter Parteien lässt sich auf Ereignisse der jüngeren Vergangenheit zurückführen, darunter der Klimawandel, Migration und steigende Lebenshaltungskosten. Diese Faktoren haben den Aufstieg rechter Bewegungen maßgeblich begünstigt.

Die Analyse der Wahlergebnisse zeigt, dass der Rechtsruck kein einheitliches Phänomen ist, sondern regional unterschiedliche Ursachen und Ausprägungen aufweist. Besonders auffällig ist der Erfolg rechtspopulistischer Parteien in bestimmten Ländern: In Frankreich und Österreich avancierten das *Rassemblement National* und die FPÖ zu den stärksten Kräften, während die AfD in Deutschland, insbesondere im Osten, erhebliche Zugewinne verzeichnete. Selbst in Luxemburg, das lange als immun gegen rechtspopulistische Strömungen galt, gelang der ADR erstmals der Einzug ins Europaparlament. Der gemeinsame Nenner dieser Entwicklungen ist die Fähigkeit rechter Parteien, gesellschaftliche Ängste – sei es vor Migration, Identitätsverlust oder sozialer Ungleichheit – gezielt aufzugreifen und durch die Konstruktion von Feindbildern politische Unterstützung zu mobilisieren. Der Rechtsruck ist somit ein Spiegel tieferliegender gesellschaftlicher Spannungen und ein ernstzunehmendes Warnsignal für die demokratischen Kräfte Europas.

Angesichts dieser Herausforderungen steht die Europäische Union vor der Aufgabe, die Bürgerinnen und Bürger stärker einzubinden, Transparenz zu fördern und europäische Werte wie Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte entschlossen zu verteidigen. Nur durch glaubwürdige Antworten auf die Ängste und Sorgen der Bevölkerung kann ein weiterer Rechtsruck eingedämmt und das europäische Projekt langfristig gestärkt werden.

Trotz der intensiven Arbeit an unserem Memoire nutzen wir die Gelegenheit, um auch die Herausforderungen zu reflektieren, die uns beim Recherchieren und Schreiben begegnet sind. Erstens war es schwierig, bei einem so dynamischen Thema stets auf dem neuesten Stand zu bleiben, da sich die Sachlage nahezu täglich ändern konnte. Dies erforderte besondere Sorgfalt, um veraltete Informationen zu vermeiden. Zweitens stellte die Zusammenarbeit in einer Dreiergruppe eine organisatorische Herausforderung dar, da es nicht immer möglich war, uns regelmäßig abzustimmen und unsere Ergebnisse kohärent zusammenzuführen. Drittens erschwerte die begrenzte Verfügbarkeit offizieller Quellen zum Wahlverhalten in manchen Ländern, wie etwa Luxemburg, unsere Analyse. In solchen Fällen mussten wir auf Zeitungsartikel zurückgreifen, um unsere Tabellen und Analysen zu vervollständigen.

Trotz dieser Hindernisse hat uns die Arbeit an unserem ersten Memoire nicht nur Herausforderungen, sondern auch Freude bereitet. Wir bereuen keineswegs, dieses Thema gewählt zu haben, denn die intensive Auseinandersetzung mit einem so komplexen und

relevanten Bereich hat unser Verständnis für internationale Zusammenhänge vertieft und uns spürbar gebildeter gemacht. Darüber hinaus hat uns die Gruppenarbeit, die anfangs kompliziert erschien, letztlich gestärkt. Wir sind überzeugt, dass wir künftig noch effektiver in Teams arbeiten können, da wir die anfänglichen Schwierigkeiten gemeinsam erfolgreich gemeistert haben.

6. Quellen

1.

https://www.deutschlandfunk.de/rechtspopulismus-rechtsextremismus-europa-rechtsruck-100.html

https://www.tageblatt.lu/headlines/europa-rueckt-nach-rechts/?utm_source=chatgpt.com

2.1

https://www.europarl.europa.eu/about-parliament/de/democracy-and-human-rights/fundamental-rights-in-the-eu#:~:text=In%20der%20Charta%20der%20Grundrechte,Systeme%20ergänzt%2C%20aber%20nicht%20ersetzt.

https://www.hanisauland.de/wissen/kalender-allgemein/kalender/europaeisches-parlament-gegruendet

https://www.treffpunkteuropa.de/die-geschichte-des-europaischen-parlaments?lang=fr

https://www.bundestag.de/services/glossar/glossar/R/roem_vertr-245532#:~:text=Die%20Römischen%20Verträge%20wurden%20am,die%20Europäische%20Atomgemeinschaft%20(EURATOM)

https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/vertrag-maastricht-30-jahre-1544634#:~:text=Der%20Vertrag%20von%20Maastricht%20–%20ein%20besonderes%20Dokument%20im%20europäischen%20Einigungsprozess.&text=Ein%20historischer%20Moment%3A%20Am%201,in%20ihrer%20heutigen%20Form%20gelegt.

https://www.europarl.europa.eu/about-parliament/de/powers-and-procedures/the-lisbon-treaty

https://www.europaimunterricht.de/vertrag-von-lissabon#c54852

2.2

2.2.2

https://www.europarl.europa.eu/resources/library/images/20241015PHT24551/20241015PHT24551_original.png

2.2.2.1

https://www.europawahl-bw.de/rechte-fraktionen-im-europaparlament

Definition: https://www.europawahl-bw.de/sperrklausel#c77379
https://www.bundestag.de/services/glossar/glossar/S/sperrklausel-246338

2.2.3

https://www.europawahl-bw.de/wahlsystem

https://www.europawahl-bw.de/sperrklausel

https://www.wahlrecht.de/ausland/europa.htm

2.3

https://european-union.europa.eu/principles-countries-history/principles-and-values/aims-and-values_de

2.3.1:

https://www.consilium.europa.eu/de/infographics/the-eu-s-role-in-global-trade/

https://european-union.europa.eu/institutions-law-budget/euro/benefits_de

https://www.bmz.de/darum#:~:text=Internationale%20Entwicklungszusammenarbeit%20f%C3%B6rdert%20Frieden%20und,auf%20Bildung%20und%20gute%20Arbeit.

https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/das-junge-politik-lexikon/320355/geberlaender-nehmerlaender/

2.3.2:

https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/158/eu-au%C3%9Fenpolitik-ziele-instrumente-und-errungenschaften

https://de.wikipedia.org/wiki/Gemeinsame_Au%C3%9Fen-_und_Sicherheitspolitik

https://www.europaimunterricht.de/aussen-sicherheits-verteidigungspolitik-europa

2.3.3:

https://www.ohne-ruestung-leben.de/mitmachen/europaeische-friedensfazilitaet-eine-gefaehrliche-mogelpackung.html

https://www.eeas.europa.eu/eeas/dem-frieden-eine-chance-geben-politische-l%C3%B6sungen-statt-bewaffneter-konflikte_de

https://www.idos-research.de/analysen-und-stellungnahmen/article/eine-europaeische-friedensfazilitaet-koennte-einen-pragmatischen-beitrag-zur-friedensfoerderung-weltweit-leisten/

https://www.bmz.de/de/themen/friedensfoerderung

2.3.4

https://www.bmk.gv.at/themen/klima_umwelt/eu_international/euop_greendeal.html

https://climate.ec.europa.eu/eu-action/international-action-climate-change_de

https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/europaeische-energie-klimaziele

https://www.foerderdatenbank.de/FDB/Content/DE/Foerderprogramm/EU/verordnung-umwelt-und-klimapolitik-life.html

2.3.5

https://www.wahlrecht.de/umfragen/yougov.htm
https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/rechtsextremismus/begriff-und-erscheinungsformen/begriff-und-erscheinungsformen_artikel.html

https://elections.europa.eu/de

https://www.europawahl-bw.de/wahlergebnis-europawahl2019

https://www.bmvg.de/de/themen/sicherheitspolitik/gsvp-sicherheits-verteidigungspolitik-eu

https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/europa/aussenpolitik/gsvp

https://www.spd-europa.de/themen/sicherheit-und-verteidigung

https://www.bundestag.de/europa_internationales/international/gasp_gsvp/gasp_gsvp-213116

2.3.6

https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/das-europalexikon/176819/entwicklungspolitik-der-eu/

https://www.reuters.com/world/europe/eu-allocates-148-mln-euros-humanitarian-aid-ukraine-moldova-2025-01-13/

https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/06/24/official-development-assistance-the-eu-and-its-member-states-remain-the-biggest-global-provider/

3.1

„Die Politischen Systeme der Welt“ von Wilfried Röhrich

https://de.wikipedia.org/wiki/Politisches_Spektrum#:~:text=Eindimensionale%20Modelle-,Geschichte,der%20Konstituante%20von%201789%20zurückgeführt.

3.2.1

https://www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/afd/273130/etappen-der-parteigeschichte-der-afd/

https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/afd-zehn-punkte-programm-umfrage-hoch-100.html

https://jugendstrategie.de/hasserfuellte-und-menschenverachtende-zitate-der-afd/

https://m.focus.de/politik/buch-ansichten-und-aussagen-hoecke-vor-tv-duell-zitate-belegen-die-rechtsextreme-gedankenwelt-des-afd-mannes_id_259841732.html

3.2.4

Definition: https://www.duden.de/rechtschreibung/Remigration

3.3.1

https://www.lpb-bw.de/populismus

3.3.2

https://zdfheute-stories-scroll.zdf.de/facebook-tiktok-wahlkampf-europawahl-analyse/index.html?utm_source=chatgpt.com#

https://www.fes.de/bibliothek/artikelseite-bibliothek/von-reichweite-und-algorithmen-analyse-des-europawahlkampfs-ausgewaehlter-parteien-auf-tiktok

4.

https://www.europarl.europa.eu/portal/de

4.1

https://www.zdf.de/nachrichten/politik/europawahl-2024-ergebnisse-deutschland-europa-100.html

4.1.1

https://data.europa.eu/data/datasets/s3292_101_5_eb046ep_eng?locale=en
https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/3292
https://europa.eu/eurobarometer/screen/home

4.1.2

https://www.kas.de/documents/d/guest/analyse-der-europawahl-in-deutschland-2024

https://www.kas.de/documents/d/guest/tabellenanhang-europawahl-09-06-2024

4.1.3

https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/analyse-der-europawahl-in-deutschland-am-9-juni-2024

4.2

4.2.1

https://data.europa.eu/data/datasets/s3292_101_5_eb046ep_eng?locale=en
https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/3292
https://europa.eu/eurobarometer/screen/home

4.2.2

4.2.3

4.3

4.3.1

https://data.europa.eu/data/datasets/s3292_101_5_eb046ep_eng?locale=en
https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/3292
https://europa.eu/eurobarometer/screen/home

4.3.2

https://de.statista.com/statistik/daten/studie/302347/umfrage/wahlverhalten-bei-der-europawahl-in-oesterreich-nach-altersgruppen/

https://de.statista.com/statistik/daten/studie/302347/umfrage/wahlverhalten-bei-der-europawahl-in-oesterreich-nach-altersgruppen/

4.3.3

4.4

/

4.4.1

https://data.europa.eu/data/datasets/s3292_101_5_eb046ep_eng?locale=en
https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/3292
https://europa.eu/eurobarometer/screen/home

4.4.2

4.4.3